

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mr. 1,60**. Monatlich **55 Pf.** Postzeitungsliste Nr. 1089 a. 4. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum **15 Pf.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsangelegenheiten nur **10 Pf.**, auswärtige Anzeigen **20 Pf.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 35.

Freitag, den 11. Februar 1898

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage

Sozial-pathologische Symptome.

Rom, Ende Januar.

Hätten wir nicht den, von Marx und Engels auf sozialem und politischem Gebiet festgestellten, wissenschaftlichen Begriff der Revolution, so könnte man sagen, daß sich in Italien in diesen Tagen die Symptome einer baldigen Revolution in reichem Maße gezeigt haben.

In vielen Provinzen des Nordens und Südens, auf den Inseln und in den großen, modernen Städten ebenso wie in den kleinen, ärmlichen Städtchen und auf dem Lande, folgt eine Volksdemonstration auf die andere, die Brod und Arbeit verlangt.

Der ganze Winter ist für die landwirthschaftlichen Arbeiter eine Zeit stets wiederkehrender ökonomischer Krise; in diesem Jahre aber ist die Vertheuerung des Brotes eine so ausnahmsweis große, daß das chronische Elend des Winters noch vermehrt wird und die Unzufriedenheit der Arbeiter und Bauern wie der kleinen Bourgeoisie sich noch mehr steigert. Die Kleinbauern verbrauchen selbst das wenige Getreide, das sie produziren und müssen sogar für die nächste Ernte Korn kaufen, so daß die Erhöhung der Preise nichts weiter als eine den Großgrundbesitzern kostenlos gesicherte Prämie ist, den Großgrundbesitzern, welche im Parlament unter der philanthropischen Flagge des Schutzes der Landwirtschaft den Schutzoll beantragen. In Wahrheit haben diese, da sie den größten Theil des Getreides auf den Markt bringen, ein Interesse daran, daß die Preise immer mehr steigen, was sie durch ein verbrecherisches, gemeingefährliches Manöver erreichen, indem sie ihre Speicher schließen, damit das nothwendige Getreide von Angebot und Nachfrage, getrieben durch das unverweigerliche Bedürfnis des täglichen Brotes, ihnen den mühelosen und blutigen Profit des Kapitals vermehre. Da aber ein Quentchen Erregung mehr Einfluss hat als ein Silo Ideen, so hat dieser Zustand, in dem die italienische Bevölkerung sich befindet, zu der sehr erwünschten Erkenntnis der gesellschaftlichen und individualistischen Ordnung geführt, welche uns vernichtet.

Indeß, dieser fruchtbare Keim des revolutionären Bewußtseins und des Klassenbewußtseins war nur niedergehalten und erstickt durch die blinden Triebe des bitteren Elends und so kommt es, daß die Kundgebungen des Volks in diesen Tagen eher Symptome sozialer Pathologie sind, als einer mehr oder weniger bedeutungsvollen Revolution.

Gegenüber den Bauern, Arbeitern und Kleinbürgern, die sich auf den Plätzen versammeln, um Brod oder Arbeit zu fordern, und die nicht selten die Bäckereien und Speicher plündern, wurden sofort polizeiliche Gewaltmaßnahmen angewendet. Es gab Tode und Verwundete, darunter Frauen und Mädchen, und jeden Tag erleben wir Prozesse, die stets mit Verurtheilung enden. Die sogenannte zivilisirte Gesellschaft, die den Arbeitslosen verhungern läßt, während sie sich in ihre Tugend hüllt, bietet ihm nicht eher Unterkunft und Nahrung, als bis sie ihn zum Verbrechen getrieben oder ihm jedenfalls das gefährliche Brandmal des Verbrechens aufgedrückt hat.

Die Verwaltungen einzelner Gemeinden (z. B. Rom, Florenz) sind mit gutem Beispiel vorgegangen, indem sie den städtischen Zoll auf Mehl abschafften. In Italien besteht nämlich außer dem Getreidezoll auch noch der Zoll auf Mehl; erst so kann man überhaupt den Preis von 40—45 und 50 Cent. für zwei Pfund Brod begreifen.

Schon vergangenen August hatte die sozialistische Kammerfraktion einen Gesetzentwurf, betreffend die gänzliche Aufhebung des Getreidezolles eingebracht, in der richtigen Voraussetzung des Elends und der Krise dieses Winters. Damals aber wollte die Regierung nichts davon wissen.

Und jetzt, da die Kundgebungen und Aufstände des Volks vom Süden bis hinauf nach Piemont immer öfter werden, hat die Regierung auf kgl. Erlaß den Getreidezoll von 7,50 Fr. auf 5 Fr. ermäßigt — aber nur bis zum 30. April.

Aus dieser Maßregel kann man die tiefe Weisheit der Regierung erkennen. Die Großgrundbesitzer und Getreidehändler werden ruhig bis zum Mai warten, ehe sie ihre Speicher öffnen, in der Erwartung, daß der Getreide-

preis während der drei Monate fast so hoch bleiben wird. Und in der That hat die Eröffnung des Erlasses keinen Fall des Getreidepreises hervorgerufen und das Parlament wird genöthigt sein, die Maßregel weiter auszuweiten, indem sie sich dem Vorschlag der sozialistischen Kammergruppe nähert.

Aber die Angst der Regierung und der herrschenden Klassen vor den mehr oder minder heftigen Ausbrüchen der Unzufriedenheit im Volke ist durch die mehr oder weniger zwecklosen Maßregeln nicht beschwichtigt worden, und kam daher eine andere kgl. Verordnung heraus, die den Jahrgang von 1874 unter die Fahnen ruft. Es sind so ziemlich 50 000 Soldaten mehr, als im Etat festgestellt ist, einberufen worden, d. h. während der drei Monate wird man 5—6 Mill. vergeuden.

So kommt es, daß unser Budget, das an chronischem Geldmangel leidet, zwei schwere Schläge zugleich treffen. Einestheils ein Verlust von beinahe 25 Millionen infolge Verminderung von Einnahmen, andererseits eine Mehrausgabe von 5—6 Millionen, um die „Ordnung“ zu gewährleisten, d. h. um das Volk ohne Brod und Arbeit unter dem Joch der Großgrundbesitzer, Kaufleute und Bourgeois zu halten. Es soll damit gesagt sein, daß man den Symptomen eines sozial-pathologischen Zustandes, sowohl oben wie unten, in der herrschenden Klasse ebenso gut wie in der beherrschten, begegnet.

Und dies alles aus einer unbegrifflichen, in der wirthschaftlichen und sozialen Rückständigkeit Italiens begründeten Verblendung, die eine Politik des Militarismus, der wirthschaftlichen Erschöpfung und der polizeilichen und rechtlichen Unterdrückung zur Folge hat.

Unter diesen Umständen konnte die Antwort, welche das Land der Politik der Regierung gab, keine andere sein, als die, welche man in diesen Tagen durch drei Deputirtenwahlen für das Parlament gegeben hat.

In der Romagna hat man Cipriani wiedergewählt, als Protest gegen die Regierung, die ihn vor einigen Jahren begnadigte, ihn aber seine bürgerlichen und politischen Rechte nicht wiedergegeben hatte. Das Volk zieht natürlich daraus den einfachen Schluß: glaubt Ihr, daß Cipriani nicht seine bürgerlichen und politischen Rechte besitzen darf, dann dürft Ihr ihn auch nicht begnadigen, habt Ihr ihn aber begnadigt, indem Ihr seine Verurtheilung, die ihn ins Gefängniß brachte und aus dem er erst durch die Protestwahl zum Deputirten wieder herauskam, als ungerecht anerkennt, müßt Ihr ihm auch seine staatsbürgerlichen Rechte vollständig wieder zuerkennen.

Entgegengesetzt der Romagna hat man im Wahlkreis von Cosimo einen Mann wiedergewählt, der ganz offen das schimpflichste Wahlmanöver angewendet hat, aber hier ist es noch die Wirkung des Elends und des mangelnden Verständnisses des Volks, daß man es in diesem entsehrlichen Winter fast für von der Vorsehung geschickt halten konnte, Gelegenheit zu haben, 5—10 Fr. geschenkt zu erhalten, indem man für einen abenteuerlichen Prinzen stimmte.

Alle Zeitungen, selbst die konservativen, haben hierüber Lärm geschlagen, als über eine Verhöhnung parlamentarischer Einrichtungen, vergaßen aber dabei, daß viele andere Abgeordnete ihre Wahl auch nur der Wahlfälschung verdanken. Nur die sozialistische Partei allein hatte den Muth, dem abenteuerlichen Prinzen einen Kandidaten entgegenzustellen, womit sie die Volksmoralität vertrat.

Den auffallendsten und sichersten Beweis von dem Fortschritt der sozialistischen Partei unter allen diesen Symptomen der sozialen und politischen Pathologie war die Wahl unseres Genossen Rondani im Wahlkreis von Cossato im Piemont. Bei der Wahl im vergangenen September, die damals für ungiltig erklärt wurde, weil Rondani noch nicht 30 Jahre alt war — das gesetzliche Alter für Deputirte —, hatte er zwei liberale Gegenkandidaten, und in der Stichwahl war Rondani gewählt worden, weil ein Theil der liberalen Wähler für ihn gestimmt hatte und zwar nur aus persönlicher Rache gegen den anderen liberalen Kandidaten. Dieses Mal dagegen hatte man dem Sozialisten nur einen Kandidaten gegenübergestellt, welcher das Konglomerat von allen Bourgeoispartei, von den Konservativen bis zu den Liberalen personifizierte und der nicht allein den Reichtum, sondern auch die Tradition des Namens für sich hatte, denn er ist der Sohn unseres alten Finanzministers Sella, der jetzt todt, aber vor einigen Jahren eine sehr bemerkens-

werthe Rolle in der italienischen Politik gespielt hat. Der Wahlkampf war sehr lebhaft und sehr würdig, denn man kämpfte nur um Prinzipien und Programme.

Piemont hat schon, zum Schrecken der Bourgeoisie, zwei sozialistische Kandidaten; früher wurde es als Hochburg der Monarchie betrachtet, weil es die Wiege unseres Herrscherhauses war. Jetzt ist es ein für die Entwicklung einer ernsten, zielbewussten und gutgeschulten, disziplinierten sozialistischen Partei besonders günstiges Land, weil es eine große industrielle und landwirthschaftliche Entwicklung hat und die Bevölkerung sehr emsig und solid ist. Es giebt dort keine Radikalen und Republikaner, die das Volkthum durch Träume von nur politischen oberflächlichen Reformen in seiner Entwicklung zurückhalten könnten.

Der Kampf war ein sehr heftiger. Der sozialistische Kandidat hat den Kandidaten geschlagen, der auf seinen Namen alle Stimmen der Bourgeoisparteien vereinigte. Deshalb war auch der öffentliche Eindruck, den dies machte, ein sehr tiefer, denn man versteht wohl, daß dies die progressive Eroberung von ganz Piemont und Norditalien durch die sozialistische Partei bedeutet.

Wie immer, so verlangten auch selbst bei dieser Veranlassung einige besonders thörichte konservative Blätter die Verfolgung der Agitatoren, der Propagandisten, sie vergaßen aber dabei, daß man Menschen wohl einsperren kann, daß aber das Gefängniß, in dem man auch Ideen einsperren oder vertilgen kann, noch nicht erfunden wurde.

Die Wahrheit ist, daß das öffentliche Bewußtsein in Italien die sinnlose Furcht schon überwunden hat, die bei ihm die ersten Manifestationen des Sozialismus hervorriefen, und die durch das Ministerium Crispi zu dem Zweck übertrieben worden waren, die Bourgeoisie zu erschrecken, um an ihr eine politische Stütze zu haben. Und jetzt, wie überall und immer, sieht das Land, das arbeitet und leidet, wohl die Symptome des sozialen Niedergangs bald hier bald dort hervorbrechen und im latenten Zustand verbleiben, es sieht aber auch, daß nur die sozialistische Partei die Kraft zur sozialen Erneuerung besitzt.

Enrico Ferri.

Politische Stammbaum.

Deutschland.

Offiziöser Unsinn. In einer hinlänglich bekannten offiziellen Korrespondenz war von dem Abfluss belgischer Arbeiter nach Rußland die Rede und dazu die durchsichtige und alberne Bemerkung gemacht:

„Es fällt auf, daß gerade die befähigsten und geschicktesten Arbeiter dem Vaterlande den Rücken kehren, und wird man in der Annahme launig selbigen, daß es der Terrorismus der Sozialdemokratie sowie die Abneigung der höher qualifizierten Arbeiterelemente gegen die von der Sozialdemokratie betriebene mechanische Gleichmacherei und die Herabdrückung des talentirten und vorwärtsstrebenden Arbeiters und das Niveau der mittelständigen und untermittelmäßigen Klasse ist, welche den Ansporn für die Auswanderung nach Vändern bildet, wo der Arbeiter nicht erst nach dem Muster der Bajdas vom Genet „Booruit“ vorschreiben zu lassen braucht, wie, bei wem und unter welchen Bedingungen er seine Fähigkeiten verwerthen darf, sondern wo er selber seines Glückes Schlicht nach eigenem freiem Ermessen sein kann.“

Von kundiger Seite wird der „Volksztg.“ hierzu geschrieben: Daß viele belgische Arbeiter nach Rußland auswandern, ist richtig, das hat aber seinen Grund darin, daß in russischen Hüttenwerken bedeutendes belgisches Kapital steckt, was zur Folge hat, daß die Verwaltung dieser Hüttenwerke — Hochöfen und Stahlwerke — in den Händen von Belgiern liegt und ebenso die Betriebsleitung. Belgische Ingenieure nehmen belgische Meister und geschulte erste Arbeiter mit, bezahlen die Leute mit dem Vierfachen ihres Verdienstes in dem „Land der niedrigen Löhne“, genannt Belgien. Auch von Westfalen gehen Leute nach Rußland, angelockt von der hohen Bezahlung, die ihnen geboten wird; wie lange es ihnen aber dort gefallen wird, ist freilich eine andere Frage.

Bezüglich der Fesselung der Redakteure bei Verhütung von Pressvergehen hat der Verein „Leipziger Presse“ an das königlich sächsische Justizministerium eine Eingabe zu richten beschloffen und den Wortlaut derselben in seiner letzten Monatsversammlung endgiltig festgesetzt. Die Eingabe behandelt die bekannten und vielfach besprochenen Fälle Steiger Schulze, bespricht den § 2000 der Geschäftsordnung für die könig-

Sächsischer Justizbehörde und stellt schließlich folgenden Antrag: „Ein hohes königl. Ministerium wolle hinter d. des § 2000 der Geschäftsordnung ausdrücklich hinzufügen, daß bei solchen Gefangenen, welche wegen Preßvergehens verurtheilt worden sind, die Fesselung mangels begründeten Fluchtverdachts, über welchen die Gefängnisverwaltung (Gefängnisdirektor) zu entscheiden hat, überhaupt zu unterbleiben hat und in letzterem Sinne auch schon jetzt die betreffenden Exekutivorgane anzuweisen.“ — Ob durch diese Eingabe wirklich etwas erreicht wird, bleibt freilich abzuwarten.

Noch ein kleines Mittelding zur Hebung des Nothstandes der Agrarier empfahl am 3. Februar im preussischen Abgeordnetenhaus der Konservative v. Mendel-Stiefels, indem er den Minister auf die „Gefahren der Einfuhr amerikanischer Pferde“ aufmerksam machte. In zarter Weise deutete der Edle damit an, daß den „Nothleidenden“ ein Einfuhrverbot in etwa auf die Strümpfe helfen könnte. Minister v. Hammerstein meinte, es seien noch nicht genügend Erfahrungen gesammelt, aber eintretenden Falls könnte man Quarantäne für amerikanische Pferde anordnen. Nun bestritten aber die Beamten des Ackerbaudepartements der Vereinigten Staaten die Möglichkeit, daß die amerikanischen Pferde mit der Rosskrankheit behaftet seien, durchaus und sagen, daß die Krankheit, wenn sie nach der Einfuhr bei ihnen auftritt, von Pferden übertragen sein müsse, die sich bereits an dem Orte befinden. Der Sekretär des Ackerbaudepartements erklärt Hammersteins Angaben für unbegründet. Der Chef des Bureaus für Viehzucht bemerkt, die Rosskrankheit trete, soviel sein Bureau wisse, nicht vorwiegend in den Vereinigten Staaten auf. Der Vorsitzende der Kommission für auswärtige Angelegenheiten Pitt erklärt auf Befragen, es sei klar, daß die in Aussicht gestellte Quarantäne in den Rahmen der allgemeinen Bewegung falle, die auf den Ausschluß amerikanischer Erzeugnisse hinarbeite. Senator Dingley meint, eine Quarantäne wäre augenscheinlich demselben Bestreben zuzuschreiben, wie das Obstfährverbot; man müsse aber abwarten, ob die Quarantäne so nachdrücklich ausgeübt werden würde, daß sie einer Verhinderung der Einfuhr gleichkäme.

Man sieht, unsere biederen Agrarier und deren Freunde werden von den amerikanischen Staatsmännern ganz richtig beurtheilt. Wir denken, es wird sehr schnell irgend ein speziell bei amerikanischen Pferden auftretender, äußerst gefährlicher Krankheitsreger (Bazillus oder sonstiges Lebewesen) entdeckt werden, um die Quarantäne oder gar ein Einfuhrverbot zu rechtfertigen. Der Gelehrte, der so rechtzeitig die Schildlaus entdeckte, kann neue Vorbeeren ernten.

Auch ein Gedanktag! Die „Deutsche Tageszeitung“ macht darauf aufmerksam, daß vor 10 Jahren Bismarck das großprahlische Worte sprach: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt!“ — Die Zeit hat gelehrt, daß die Deutschen bismarckischer Färbung sich schon vor sozialdemokratischen Versammlungen derart fürchten, daß sie sie auf alle nur erdenkliche Weise zu hintertreiben suchen!

An die frische Luft befördert. Der von den Nationalliberalen und einem Theil des Bundes der Landwirthe zum Reichstags-Abgeordneten für Somburg-Rußel gewählte Gutbesitzer und Wahlkreisvorsitzende des Bundes, Herr Schmitt-Reichenbach, soll aus dem Bunde der Landwirthe ausgeschlossen werden. In einer Vertrauensmänner-Versammlung aus dem Bezirk Frankenthal wurde schon kürzlich einstimmig an den Hauptvorstand in Berlin eine Erklärung in diesem Sinne abgeschickt. Er hat angeblich den Bund verrathen dadurch, daß er mit den Nationalliberalen kompromittierte.

Die masurische Volkspartei hat folgendes Parteiprogramm aufgestellt:

1. Vereinigung der Gemeinde mit dem Gute, 2. gerechtere Vertheilung der Schullasten auf die Güter, 3. gerechtere Vertheilung der Kosten für Schausseebauten, 4. bessere Vertheilung der Armenlasten in den Gemeinden, 5. Uebertragung der Polizeigewalt auf die Gemeindevorsteher, 6. Wahlen der Amtsvorsteher durch die Gemeinden, 7. verstärkte Vertheilung der Bauern an den Kreislagern und den Landwirtschaftskammern, 8. Zugänglichmachung des Restorationsfonds für die Bauern, 9. Verpachtung der königl. Domänen an Bauern (d. h. mittels Parzellierung derselben), 10. Aufhebung der Majorate, 11. Ermäßigung der Eisenbahn-Tarife für chemische Dünger, 12. Wahrung der Religion und der Mutter Sprache, 13. Einführung des Kleingewerbes zwecks Selbstthätigung der masurischen Arbeiter, 14. Kanalbauten.

Ferner verlangt die Partei gleiches Recht für alle ohne Unterschied des Standes und der Person, Festlegung des Vereins- und Versammlungs-Rechtes, Bewilligung von Diäten an die Reichstags-Abgeordneten, Festhalten an dem allgemeinen, gleichen und geheimen Reichstags-Wahlrecht, Einführung gleicher Wahlen für den Landtag. Die vorbezeichneten Forderungen sind, wie man sieht, fast ausschließlich sozialer und wirtschaftlicher Art, am nächsten den Forderungen des Freisinn verbunden und zeigen gar nichts von „national-polnischen“ Bestrebungen. Die Maßnahmen sind eben entschlossen, zur Wahrung ihrer eigenen, häuerlichen Gesellschafts- und Wirtschafts-Interessen unabhängig von den Konservativen, zu deren Heerban sie bisher zählten, in die Schranken zu treten. — Aus Lyd i. Ostpr. wird ferner der „Berliner Zeitung“ geschrieben: Die masurische Volkspartei hat als Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Lyd-Johannisburg—Dlesko den Gutbesitzer Opitz aus Siedlisla aufgestellt. Für Ortelsburg wird ebenfalls ein Reichstagskandidat der masurischen Volkspartei proklamirt.

Straßburg i. G. Sozialdemokratie und Freisinn. In der „Straßburger Post“ macht deren „Berliner Brief“-Schreiber der Sozialdemokratie

und ihren parlamentarischen Vertretern anlässlich der Besprechung ihrer Stellungnahme zur Flottenvorlage das folgende Compliment:

„Nebenbei bemerkt, möchten wir doch auf einen ganz anfassenden Unterschied hinweisen: alles, was von der freisinnigen Volkspartei gegen die Vorlagen der Regierung vorgebracht wird erhebt sich nicht über die vollendetste Oberflächlichkeit und über die Wiederholung abgestandener Redensarten. Die Sozialdemokraten, wenn sie schließlich auch aus Parteiverbissenheit zu denselben absehbaren Ergebnissen kommen als ihre Stimmen mit denen der freisinnigen Volkspartei vereinigen, werden, haben diese Fragen aber doch ganz anders und viel ernster studirt und ihre Ausführungen sind unendlich viel tiefer. Das erinnert uns an folgendes Geschichtchen. Ein deutscher Zerstörer soll sich einmal in den Räumen des Reichstages haben herumfahren lassen, n. A. auch in der Bibliothek. Er sah dort eine Anzahl fleißig arbeitender Herren und sprach den Wunsch aus, mit einigen derselben bekannt gemacht zu werden. Als er trotz verlegener Ausflüchte auf seinem Wunsche bestand, wurde ihm endlich gesagt: „Ja, königl. Hoheit, das ist ganz unmöglich, alle Leute, die hier arbeiten, sind Sozialdemokraten!“

Der Arbeitsmarkt im Januar zeigt im Vergleich zu dem entsprechenden Monat des Vorjahres wieder ein günstiges Gepräge. Nach den in der Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlichten Situationsberichten über die Lage des Arbeitsmarktes im Schuhgewerbe, in der Eisen- und Metallindustrie und in verschiedenen Gewerbezweigen Berlins lassen sich zwar scharf bemerkbare Symptome eines Rückgangs der allgemeinen Geschäftskonjunktur und ihr nachtheiliger Einfluß auf die Lage des Arbeitsmarktes nicht bestreiten, doch sprechen wieder andere Wahrnehmungen, so in der Textilindustrie und zeitweise auch im Schuhgewerbe für eine augenblickliche Besserung. Nach den Berichten der Arbeitsnachweis-Verwaltungen bewarben sich um 100 offene Stellen im Jan. 156,2 Arbeitssuchende gegen 160 im Januar des Vorjahres. Es bewarben sich im Januar 1898 31 030 Arbeitssuchende um 19 872 offene Stellen, im Vorjahre 27 859 um 17 340. Von 61 Berichten, die bei der genannten Zeitschrift eingingen, zeigen 50 vergleichbare Daten. Von diesen weisen im Vergleich zum Januar vorigen Jahres 25 eine Abnahme und nur 22 (+ 3 ausländischen) eine Zunahme des Andranges auf. Gegen den Vormonat jedoch hat sich (wie alljährlich) im Januar die Lage des Arbeitsmarktes etwas ungünstiger gestaltet. Auf 100 ausgebotene Stellen kamen im Dezember 151,2 im Januar dagegen 156,2 Arbeitssuchende.

A b n a h m e: Kiel, Halle a. S., Dessau, Gera, Hannover, Osnabrück, Münster, Düsseldorf, M. Gladbach, Aachen, Kreuznach, Darmstadt, Heidelberg, Schopshheim, Offenburg, Waunheim, Konstanz, Pforzheim, Stuttgart, Rannstadt, Ludwigsburg, Ehlingen, Heilbronn, Nürnberg, Ulm.

Z u n a h m e: Posen, Breslau, Frankfurt a. D., Berlin, Rixdorf, Quedlinburg, Erfurt, Ebersfeld, Essen, Köln, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Gießen, Worm, Kaiserslautern, Lahr, Freiburg, Karlsruhe, Heutlingen, Fürtz, Augsburg, München. — (Wien, Brünn, Bern.)

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 9. Februar 1898.

Aus dem Reichstage. Die Verathung des Auswärtigen Amtes hatte heute wieder ein zahlreiches Publikum auf die Tribünen gelockt. Aber wer geglaubt hatte, daß die gestern begonnene Diskussion über die sogenannte hohe Politik fortgesetzt werden würde oder gar auf ein neues Eingreifen des interessanten Mannes, des Herrn von Bülow gehofft hatte, sah sich enttäuscht. Graf Kanitz, der konservative Heißhörn, war der erste Redner; er ritt sein Steckenpferd und sprach über die schlechte Handelsvertrags-Politik des Grafen Caprivi. Da er dabei aggressiv gegen den Abg. Richter wurde, blieb dieser die Antwort nicht schuldig und so entwickelte sich eine lang ausgelebte Handelsvertragsdebatte. Obwohl dieses Thema nun schon zum 5. und so vielen Male im Reichstage behandelt worden ist, wußte man mit dem angebrochenen Nachmittage nichts Besseres anzufangen, als das leere Stroh weiter zu dreschen, denn vor den Wahlen hat die ganze Frage gar keine Bedeutung, erst der neue Reichstag wird sich mit den neuen Verträgen zu beschäftigen haben und von dem Ausfall der Wahlen wird auch der Ausfall der Handelsverträge abhängen. Auf die Wahlen wurde denn auch überall hingewiesen. Auf der linken Seite sprach hauptsächlich Eugen Richter, auf der Rechten Graf Herbert Bismarck und Herr von Kardorff. Auch die Genossen Bebel und Dr. Schönlanck griffen in die Debatte ein. Bebel besprach das kulturfeindliche Verhalten der Agrarier, die die volkswirtschaftlichen Wohlfahrten der durch die Canäle geförderten billigen Wasserfrachten ihrer egoistischen Interessen wegen aufheben möchten und besprach eingehend den Import ausländischer Arbeitskräfte zum Zweck des Lohnrückens. Schönlanck fürte den Junkern zu Gemüthe, daß sie nicht immer Schutzvölker gewesen seien und beleuchtete ihr ausbeuterisches Treiben der großen Masse des Volkes gegenüber. Morgen kommt die vorige Woche abgebrochene Verathung unserer Initiativantrages betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht zur Fortsetzung.

36. Sitzung.

Am Bundesrathstisch: v. Bülow. Präsident v. Bülow eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Die zweite Etatsberathung wird beim „Auswärtigen Amt“ beim Titel „Staatssekretär“ fortgesetzt. Graf Kanitz (K.): Gegenüber Herrn Bebel muß ich konstatieren, daß seine gefirrenen Ausführungen gegen die Autorität der Krone bei der großen Majorität der Bevölkerung große Entrüstung hervorgerufen haben. (Beifall rechts.) Ich bedaure nur, daß unsere Geschäftsordnung solche Angriffe nicht verhindert. Wenn Abg. Bebel gegen die Monarchie reunt, so stößt er mit dem Kopfe

gegen einen Felsen, der seinem Druck weichen wird. (Beifall rechts.) Redner befaßt sich sodann mit der Handelsvertrags-Politik und meint, auch der Abg. Richter könne unmöglich für Deutschland strikten Freihandels empfehlen, denn es würde dann allein in Europa Freihandelspolitik treiben müssen. Verträge mit kurzer Kündigungsfrist entsprächen am besten den Interessen des Landes. Das Ausland brauche Deutschland ebenso, wie Deutschland das Ausland.

Dr. Fischer v. Neustettin (wilder Nat.) giebt zu, daß er seiner Zeit vielleicht zu weit gegangen sei, als er die Rede des Herrn v. Roszielski in Vemborg hochverrätherisch genannt habe. Roszielski (Antik.) bestreitet, daß die Besiegerung Kiautschans mit dem Einfall Jamesons in Transvaal zu vergleichen sei. Die Sozialdemokraten mit ihrer allgemeinen Gesundheitslehre sollten gegen die Einfuhr von Rußis in Deutschland eigentlich nichts einwenden. Die staatsbehaltenden Parteien aber müßten ein Einwanderungsverbot fordern. Redner fragt den Staatssekretär, ob Deutschland nichts gegen das Piratenthum der Spielbank in Monaco unternehmen könne.

Richter (K.): Der Landwirtschaftsrath hat sich durch seine monströsen Beschlüsse das Verdienst erworben, daß er dem deutschen Volke die Augen über die letzten Ziele der Agrarier geöffnet hat. Die Handelsvertragspolitik des Grafen Caprivi war durchaus planlos, planlos war die Handelspolitik des Fürsten Bismarck. Die von dem Grafen Kanitz vorgelegenen Handelsverträge von einjähriger Dauer liegen nicht im Interesse der Industrie. Die Vorschläge der Agrarier sieht uns bis nach China. Aber vielleicht ist der Vergleich der Chinesen mit den Agrariern eine Vereinfachung für die Ersteren, denn selbst die alten Chinesen haben die berühmte Mauer errichtet, um den äußeren Feind abzuwehren, nicht aber um Brodwürmer zu treiben, wie es den deutschen Agrariern mit Recht vorgehalten wird. (Heiterkeit und Beifall links.)

Graf Bismarck (K.): Der Handelspolitik seines Vaters planlos gewesen sei. Eine Aenderung des autonomen Tarifs Österreichs gegenüber sei geplant gewesen, daß sie nicht zu Ende geführt wurde, habe seinen Grund gehabt in den Krisen von 1890, die von acht zu acht Tagen alles in Frage gestellt hätten. Wäre die Umänderung des autonomen Tarifs durchgeführt worden, so hätten die Verhandlungen über die Handelsverträge auf einer ganz andern Basis geführt werden können.

Bebel (K.): Herr Abg. Haffe hat meine gefirrenen Rede ungegriffen und gemeint, daß Veräckerungen, wie ich sie über die auswärtige Politik gethan habe, in keinem Parlament der Welt möglich seien. Darin irrte er sich indes gründlich. Ich brauche nur an die Vorgänge im französischen und österreichischen Parlament zu erinnern, mit denen die Vorgänge hier gar keinen Vergleich aushalten und ebenso ist es in England. Wenn eine englische Regierung Schritte in der auswärtigen Politik unternimmt, mit denen die Opposition nicht einverstanden ist, so wird auch im englischen Parlament eine Kritik geübt, die weit verheerender ist, als die im deutschen Reichstage gebräuchlichen. Herr Abg. Haffe hat weiter behauptet, daß meine Ausführungen über die Gefahr, die in der Einschränkung chinesischer Rußis und anderer auswärtiger sohnbräcker Arbeiter für die deutsche Arbeiterklasse liegt, in Widerspruch mit unseren Anschauungen über das internationale Proletariat. Offenbar weiß Herr Haffe nicht, was wir unter international verstehen. Wir erstreben mit Hilfe der organisierten Arbeiterklasse aller Länder die Weiterbildung und soziale Befreiung der gesamten Arbeiterklasse. Wir wollen sie fähig machen, Selbstbestimmungen an allen Kultur-erzeugnissen zu machen. Die Unternehmer suchen, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse herunterzudrücken; sie wollen verhindern, daß die deutschen Arbeiter sich diejenige Position eringen, die sie ohne die Schmutzkonkurrenz der fremden Arbeiter eringen würden. Die deutschen Arbeiter sind bisher gegen die Einfuhr fremder Arbeiter so loyal wie nur möglich aufgetreten, ganz im Gegensatz zu den Arbeitern anderer Länder. Ich brauche nur hinzudenken an die Vorgänge, die in Frankreich sich häufig genug ereignen, wo im Norden französische und belgische Arbeiter, im Süden italienische und spanische in heftigsten Konflikten gerathen. Daß in Deutschland derartige Vorkommnisse sich noch bisher nie ereignet haben, ist wesentlich dem Einfluß der sozialdemokratischen Partei geschuldet. Der Abg. Haffe hat aber darauf hingedeutet, daß möglicherweise durch Gesetz die Einfuhr fremder Arbeiter nach Deutschland verhindert werden müßte. Er wird damit bei seinen eigenen Parteigenossen wenig Erfolg haben, zumal wenn es sich um die Einfuhr polnischer und italienischer Arbeiter handelt. Ob meine Partei bereit sein wird, für ein solches Gesetz, wie Abg. Haffe es angeht, hat zu stimmen, steht noch sehr in Frage. Noch eins kommt in Betracht. Die deutschen Unternehmer zwingen die deutschen Arbeiter ihrerseits durch die Konkurrenz, die sie ihnen durch fremde Arbeiter bereiten lassen, nach dem Auslande auszuwandern. Gegenwärtig bereits verwenden viele von den deutschen Schiffahrts-gesellschaften Chinesen an Bord ihrer Schiffe. Die Dampfschiffs-Rederei von 1889 wendet dabei sogar das schmutzige Verfahren an, daß sie deutsche Arbeiter in Deutschland für drei Monate engagiert und die Leute, wenn die Schiffe in Shanghai angekommen sind, abmüht. Für die Rückfahrt benutzen sie dann chinesische Arbeiter. Die Deutschen aber müssen im Ausland auf eine Gelegenheit warten, wieder in die Heimath zurückzukehren. Auch andere Dampfschiffsbereitungen folgen diesem Beispiel. Wie haben besonders die Hamburger Genossen darüber geklagt. So rechneten die Schiffsarbeiter daran, als eine Gesellschaft ihre Fahrten verneigte, daß ein Theil ihrer unbeschäftigten Kollegen Beschäftigung an Bord der Schiffe finden würde. Diese Hoffnung ist zu nichte gemacht worden — es wurden chinesische Arbeiter angenommen. Hierzu kommt noch die agrarische Politik, die dem deutschen Arbeiter die Lebensmittel vertheuert und seine Organisation zu verhindern trachtet, durch die er sich aus eigener Kraft eine bessere Lebensstellung zu eringen versucht. Ich will die Frage der Handelspolitik nur ganz kurz streifen. Ich meine, die deutsche Arbeiterklasse hat allerdings das größte Interesse daran, daß Deutschland auch künftighin auf dem Boden der Handelsvertragspolitik bleibt. Nur dadurch kann der deutsche Ausfuhrhandel aufrecht erhalten und damit der deutschen Arbeiterklasse dauernd Beschäftigung gewährt werden. Die Beschlüsse des Landwirtschaftsraths, der gegenwärtig tagt, sind direkt handelsvertragsfeindlich gewesen und nicht nur das, auch direkt kulturfeindlich. Wenn die Agrarier so weit gehen, zu behaupten, daß der Bau von Kanälen eine Schädigung der Landwirtschaft bedeute, so ist das ein Standpunkt, mit dem wir überhaupt nicht mehr diskutieren können. Herr v. Kardorff hat gestern geglaubt, mir vorhalten zu können, die Zahlen meiner Beweisführung seien einer bimetallicischen Schrift entnommen. Ich kenne weder den Verfasser noch den Namen dieser Schrift, die er genannt hat, meine Zahlen stammen aus den verschiedensten Quellen. Was nun seine Schlussfolgerung anlangt, so werden wir ja sehen, was die Zukunft bringt, ob Sie oder wir bei den Wahlen Recht behalten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. von Szabowski (K.) vertheidigt die Rede des Herrn von Roszielski, die keineswegs irgendwie staatsverrätherisch sei.

Abg. Graf Kanitz (K.): Die „monströsen Beschlüsse“ des Landwirtschaftsraths lausen nur auf das hinaus, was in Frankreich bereits seit 6 Jahren zu Recht besteht. Dort aber führen sich alle produktiven Stände wohl. Redner erklärt, daß er selbst freihändlerisch gesinnt sei, doch sei der Schutz der nationalen Produktion die Vorbedingung jeder Freihandelspolitik.

Abg. Frhr. Gehl zu Herrusheim (Antik.): Unsere Industrie hat von den Handelsverträgen nicht den erhofften Nutzen gehabt. Das Interesse der Landwirtschaft fällt mit dem der Industrie zusammen. Die Politik der Sammlung stößt daher im Volke freudigen Widerfall.

Abg. J. v. S. (Antik.) bestreitet dem Abg. Bebel gegenüber,

daß die chinesischen Arbeiter in den Rhebereien als Lohnarbeiter ge-
braucht werden.

Nichter (HfP): Der Abgeordnete Herr zu Herrscheim scheint unter Politik der Sammlung, die Sammlung einiger Kreise der Bevölkerung zur Kasbentung der großen Masse des Volkes zu verfahren. Die Handelspolitik des Fürsten Bismarck kenne ich vom Jahre 1879 ab planlos, weil sie von dieser Zeit bis zum Austritt des Fürsten immerwährend geschwankt hat. Unter dieser planlosen Politik hat die deutsche Industrie schwer gelitten und Graf Caprivi und Herr v. Marischall haben sich durch ihre Handelsvertrags-Politik ein großes Verdienst erworben. (Sehr richtig links.) Weder hat mit Recht das Verhalten der Konservativen in den Casselfragen gekennzeichnet. Erst baut man Gaudle, dann sucht man nach Mitteln, um ihre wirtschaftlichen Wirkungen wieder zu paralysieren. Dies Stückchen gehört nicht nach China, sondern nach Abdera (Große Heiterkeit). Weder die National Liberalen noch die Regierung verteidigt heute ihre alte Handelspolitik. Nun sitzen ja in Preußen neue Männer da, aber in den übrigen Staaten sind es dieselben Herren, die schon unter Caprivi da waren und keiner thut hier den Mund auf, nicht einmal die Vertreter der Hansesstädte und da soll man im Volke der Regierung noch Autorität zuerkennen. (Beifall links.)

v. Kardorff (Rp): Herr Richter will die Interessen der Consumanten vertreten, er weiß nichts von der Harmonie der Interessen zwischen Produzenten und Consumanten (Lachen links). Unsere Politik soll nach Herrn Richter nach Abdera gehören. Seine volkswirtschaftliche Politik gehört nach Schilda und Schuppenstedt. (Heiterkeit.)

Dr. Paasche (W): erklärt, daß seine Freunde nach wie vor Anhänger der Handelsvertragspolitik seien, nur müßten dabei die Rechte Deutschlands ausreichend gewahrt werden.

Nichter (HfP): Den Chinesen und Herrn v. Kardorff ist die Nothwendigkeit für die Silberwährung gemeinsam. Dieser Hops hängt ihnen beiden hinten. Aber während sich die Chinesen noch einmal zur Goldwährung bekehren werden, wird sich Herr v. Kardorff als letzter Dmetallist mit seinem laugen und dicken Hops begraben lassen. (Große Heiterkeit.)

Herr v. Stumm (Rp): Herr Richter zieht hier gegen den Schutz Zoll zu Felde, er ist hier nur im Reichstage, weil ihn die Schutz Zollner des Reiches sagen in der Stichwahl gewählt haben.

Graf v. Schwerin-Löwitz (R): wendet sich gegen die vom Abg. Nichter an den Beschluß des Landwirtschaftsraths gestellte Kritik. Wenn andere Länder sich mit chinesischen Mauern umschließen, können wir außer Land nicht offen lassen gegen den Produktionsüberschuß der ganzen Welt. Die Handelsverträge stellen ein einseitiges Rechtsverhältnis dar und deshalb müssen sie so bald als möglich gekündigt werden. (Wras rechts.)

Dr. Barth (HfP): Graf Kanitz und seine Freunde thun so, als ob sie auch die Interessen der Industrie vertreten. Dann müßten ja die Industriellen mit den letzten Handelsverträgen ganz unzufrieden sein. Das gerade Gegentheil aber ist der Fall. Jetzt ist gar Frankreich das gelobte Land. Au den Herrn Staatssekretär richte ich die Frage, wie weit die Verhandlungen mit England über die Erneuerung der gekündigten Handelsverträge gebiethen sind.

Staatssekretär v. Hülse: Wir haben die Grundzüge unserer Forderungen England übermitteln. Die Antwort Englands ist aber noch nicht eingetroffen. Mehr kann ich jetzt nicht sagen.

Dr. Schulz (SD): Die Regierung hat bis jetzt auf die Kritiken an den Handelsverträgen nicht reagirt. Nicht einmal der Vertreter der sächsischen Regierung, obgleich der sächsische Minister Meißel im sächsischen Landtage ausdrücklich erklärt hat, daß die Handelsverträge im Interesse Sachsens lägen. Die Statistik hat nachgewiesen, daß im Erzgebirge unter dem Hochschutzzoll eine Entvölkerung stattgefunden hat. (Hört! hört!) Erst nach der Wiedereinführung der Handelsverträge ist dort die Lage glücklicher geworden. Wenn Herr von Hammerstein-Voxten sich im preussischen Abgeordnetenhause zu Gunsten der Herren auf der Rechten festlegt, so ist allerdings die Frage erlaubt, ob der Kugelsang von heute auch 1908 noch festhalten wird. (Heiterkeit.) Im Uebrigen will ich die Konservativen daran erinnern, daß sie nicht immer Hochschutzzöller gewesen sind. 1876 hat Herr v. Wedell-Rathow Namens der Rechten Schutzzoll an Schutzzoll mit Eugen Richter und Carl Braun-Wiesbaden in der Frage der Eisenzölle auf Seiten der Freihändler gekämpft und erklärt, daß man die Arbeiter aus dem udrischen und östlichen Deutschland, die man in der Blüthe der Eisenindustrie herangezogen hätte, nun bei der Stocung dieser Industrie nicht für die jetzige Noth bezahllen lassen könne. Er äußerte sich damals auch allgemein, daß kein Grund vorliege, die nationale Arbeit in einem Gewerbe zu schliessen, wenn dies auf Kosten der übrigen Gewerbe geschehen solle. Die Idee des Schutzes der nationalen Arbeit führe zu einem komplizierten Schutzzollsystem, wie es komplizierter kaum gedacht werden könne. Herr von Wedell sprach auch über die landwirtschaftlichen Zölle und äußerte sich dabei folgendermaßen: „Herru ist ans vorgeworfen, daß auch die Landwirtschaft Schutz zölle genießt. Das ist richtig und auch nicht. Es existiren allerdings Zölle auf landwirtschaftliche Produkte, das sind Hopfen, Vatter, Käse und Schweine. Diese Zölle sind aber reine Finanzzölle, und ich erkläre Ihnen — ich glaube, die deutschen Landwirthe hinter mir zu haben — daß wir bereit sind, diese Zölle jeden Augenblick aufzugeben.“ Dann allerdings ändert sich das Bild. Als die Herren da drüben nicht mehr so exportiven konnten, begannen sie sich auf den großen Subsidienvertrag mit den Großindustriellen vorzubereiten. Denn der ganze Hochschutzzolltarif von 1879 ist ein Stipendienvertrag mit den Eisenindustriellen. Die politische Situation von damals hat sehr viel Aehnlichkeit mit der von heute. Damals hat man mit dem Sozialistenkreise gearbeitet. Heute arbeitet man wieder damit. Herr v. Mantensiel und seine Freunde haben in Dresden das Schlagwort ausgegeben: gegen die Sozialdemokraten. Graf Posadowsky kommt mit dem Koalitionserlaß. Man will eine PreSSION auf die Arbeitermassen ausüben, um hinterher in aller Ruhe die Theilung der Beute zwischen den Großunternehmern der Industrie und der Landwirtschaft bei der Wlung der Handelsvertragsfrage vorzunehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Warten wir erst ab, wie die Wahlen ausfallen werden! Die Konservativen, die links von den Antisemiten und rechts von den Bündlern in die Schere genommen werden, haben keinen Grund, zu hoffnungsvoll in die Wahlen hineinzuziehen. Die Regierung steht den Agrariern so freundlich gegenüber, daß sie dieselbe Politik preisgibt oder wenigstens nicht vertheidigt, von der an höchster Stelle gesagt worden ist, sie sei eine große That gewesen. Die Ansichten wechseln, die Regierung schweigt, aber das Volk wird bei den Wahlen die Antwort geben! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Koelcke (Widbls): Die Herren auf der Rechten sind keineswegs die Vertreter der gesamten Industrie. Ihre Politik, die Aufhebung der Meißbegünstigungsverträge, würde die deutsche Industrie vor ein Vacuum stellen; die Sammlung, die dort geplant wird, läuft nur auf eine Bereicherung jener Herren hinaus auf Kosten der Gesamtheit. (Große Unruhe.)

Nichter (HfP): Wenn die Herren konsequent wären, müßten sie an Stelle der Meißbegünstigungsverträge Tarifverträge wünschen, und nicht, wie der Landwirtschaftsrath, autonome Tarife. Was meine Wahl anlangt, so kam die schutzzöllnerische Gesinnung der Wähler nicht mehr in Frage, da doch nur zwei Freihändler einander gegenüberstanden.

Graf Kanitz (R): Die deutschen Industriellen sind keineswegs mit den Handelsverträgen zufrieden; es ist nämlich nicht nur die Ausfuhr gestiegen, sondern auch die Einfuhr. Alle preussischen Meißbegünstigungsverträge müßten gekündigt werden; an ihrer Stelle sollen auf Grund eines autonomen Tarifs neue Tarifverträge geschlossen werden.

Die Debatte wird hierauf geschlossen; das Gehalt des Staats-

sekretärs wird bewilligt; ebenso die Forderungen für das Auswärtige Amt selbst.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. (Fortsetzung der ersten Beratung des Antrags Kuer über das Koalitionsrecht; Anträge Schneider und Dr. Kieber, betr. die Berufsbereue.)
Schluß 6¹/₂ Uhr.

Lübbeck und Nachbargebiete.

10. Februar.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von N. Deppert, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübbeck die Sperre verhängt.

Das Streikomitee.

J. A.:

N. Schenk, Lederstraße.

Eine Arbeitseinstellung hat, nach der „E.Z.“, gestern am Kanalbau bei Prahl's Wall stattgefunden. Es handelt sich jedenfalls um Nichtorganisirte, da uns bisher keinerlei Nachricht zugegangen ist.

Zum „Streik“ der Kanalarbeiter wird uns von theiliger Seite jetzt mitgeteilt, daß 35 Arbeiter die Arbeit eingestellt haben, weil ihnen der Stundenlohn von 30 Pfennig entzogen wurde und sie in Zukunft in Akford arbeiten sollten und zwar sollten pro Wagen 28 Pf. gezahlt werden. Hierbei können die Leute nicht existiren, da sie oft in 1 1/2 Stunden erst einen Wagen herausholen und sie zum Teil nur 6 und 7, höchstens aber 10 Wagen pro Tag schaffen können. Das ist natürlich zu wenig angesichts der sehr schweren Arbeit, die geleistet werden muß. Die Arbeiter haben sich daher geweigert, in Akford weiter zu arbeiten, sind aber gewillt, für den alten Stundenlohn wieder einzutreten. Wir richten bei dieser Gelegenheit wiederholt an die zuständige Stelle das Ersuchen, auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der an dem großen „vaterstädtischen“ Wert thätigen Lübbeckischen Staatsangehörigen und Steuerzahler ein schärfes Augenmerk zu richten, da sonst bald eintreten könnte, was bei Beratung des Schutzmannsantrages Fehling und Genossen ins Feld geführt wurde: eine Ueberschwemmung des Lübbeckischen Staates mit einem Menschenmaterial, das in jeder Beziehung auf niedrigerem Niveau steht als der Lübbeckische Arbeiter, der zwar etwas höhere Ansprüche macht, dafür aber auch weniger der polizeilichen Beobachtung bedarf.

Eine öffentliche Versammlung der Fabrik- und ungelernten Arbeiter und Arbeiterinnen findet Morgen, Freitag Abend, in den „Central-Hallen“ statt. Frau Rieck-Hamburg wird über „Zweck und Nutzen der Organisation“ sprechen. Höfentlich erfreut die Rednerin sich einer recht zahlreichen Zuhörerschaft.

Zur Sperre über den Lorkhölischen Platz bei Goffmann u. Jürgen, welche so rasch befriedigenden Abschluß fand, geht uns nachstehende Darstellung des Sachverhaltes zu, welche wir zur Orientierung unserer Leser wiedergeben wollen:

Als am Mittwoch den 2. Februar, Morgens nach der Frühstückspause, der die Leitung innehabende Bau- führung B. das Zeichen zur Wiederaufnahme der Arbeit gab, erklärten die dort beschäftigten 6 Maurer, daß sie die Arbeit bei dem Regenwetter nicht wieder aufnehmen würden, weil sie schon bis zum Frühstück total durchnäßt seien und außerdem bis an die Knie in dem sumpfigen Boden einsanken. Nach geraumer Zeit erschien der Bau- führung abermals mit der Frage „ob sie noch weiter arbeiten wollten oder nicht.“ Die Antwort der Maurer lautete: Wenn es um halb 11 Uhr einigermaßen mit der Witterung ist, arbeiten wir weiter. Der Bauführung B. erwiderte, daß sie dann Vormittags überhaupt nicht mehr arbeiten sollten. Daraufhin verließen die Maurer den Arbeitsplatz und erschienen Mittags 1 Uhr wieder, fragten sodann den Herrn B., ob er gewillt sei, den Nachmittags arbeiten zu lassen. Herr B. erwiderte: Sie können arbeiten „mit Ausnahme des H., derselbe ist entlassen.“ Auf die Frage: Warum? bekam derselbe zur Antwort, daß er ein Aufwieglar sei und Schuld daran habe, daß am Vormittag nicht gearbeitet worden sei. Die fünf Kollegen nahmen sodann die Arbeit auf, jedoch im Laufe des Nachmittags sind dieselben sich darüber klar geworden, daß sie ihrem Kollegen gegenüber unredt gehandelt hatten. Sie stellten nun am andern Morgen dem Bauführung die Sache vor und verlangten, daß der gemogregelte Kollege H. wieder eingestellt werde. B. ließ sich hierauf jedoch nicht ein und meinte, es seien ja Maurer genügend zu bekommen. Daraufhin verließen die Maurer sämtlich die Baustelle. Im Laufe des Tages wurde nun von dem Unternehmer T. die Anforderung an seine auf anderen Bauten beschäftigten Maurern gestellt, nach den gesperrten Arbeitsplatz zu gehen und zu arbeiten. Es war hierzu aber keiner zu bewegen, dieselben waren schon von dem Borgesallenen unterrichtet. Der Unter- nehmer hat sich nun genöthigt gesehen, da einertheils die Arbeit fertig gestellt werden muß, andertheils er vermuthlich auch durch eine genaue Orientierung von der Sache zu der Ansicht gelangt ist, daß der Arbeiter auch Mensch ist und vor Allem für die Erhaltung seiner Gesundheit Sorge tragen muß, einem seiner Maurer die Leitung der Arbeit zur übertragen (der betreffende B. ist nach unserem Wissen gelernter Zimmermann). Derselbe stellte die Bedingung, daß sämtliche Maurer einschließ- lich des entlassenen H. zuerst wieder eingestellt wurden. Da der Unternehmer bereitwilligst hierauf einging wurde die Sperre nach Eintägiger Dauer aufgehoben.

Ueber die Reichstagswahl will man sich heute Abend im „Reichsverein“ unterhalten. — Ob da vielleicht der „kommende Mann“ bekannt wird?!

Vom Tage. Gestohlen wurde einer Dame, welche in einem Geschäft Einkauf machte, ein Portemonnaie mit 35 Mk. — In Haft resp. in Schutzhaft geriethen

wegen Bettels bzw. Obdachlosigkeit 14 Personen.

Altkatholischer Postillon. In der (oben erschienenen) Nr. 4 beginnt der Postillon eine sehr interessante Karikaturen-Serie „1848 in der Kartatur.“ In der ca. 8-10 Fortsetzungen umfassenden Artikel-Serie wird der Postillon die interessantesten Karikaturen aus dem Jahre 48 reproduziren und diese diese Serie, nach dem ersten Artikel zu schließen, sehr interessant werden. — In derselben Nummer befindet sich weiter ein ausgezeichnetes Doppelblatt: Der Vorkeller der Jubililation. Eine geistreiche Satire auf dem Con- gressmors. Diese ebenso interessante als witzige Nummer (Preis nie bekannt 10 Pf.) wird sehr viel Beifall finden.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Fjraels- dorf ist das bisherige Mitglied des Gemeindevorstandes, Erbpächter H. F. Steinbogen, in gleicher Eigenschaft auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren wiederge- wählt worden. Die Bestätigung der Wahl durch das Stadt- und Landamt ist erfolgt.

Schwartz. Stegmüllererei. Der „E.Z.“ wird gerüchweise mitgetheilt, daß in West-Ratkau ein „nationaler Ordnungsmann“ von den Sozialdemokraten als Kandidat für die bevorstehende Gemeinderathswahl aufgestellt sei. Vielleicht erhalten wir Aufklärung, ob dies wahr ist. Bisher ist uns Derartiges nicht berichtet worden.

Genie. Volksversammlung. Am Sonnabend sprach im Lokale des Herrn Schröder Genosse Ströbel über „Die Marinevorlage und die Reichstagswahlen.“ In äußerst schlagender und sachlicher Weise zerstückte der Redner an der Hand reichen statistischen Materials die ganze Reihe der von den Flotten- Schwärmern und Interessenten vorgebrachten Gründe und Motive zur Vergrößerung unserer Marine. Er wies die Unmöglichkeit nach, diese enorme Summe von 1000 Millionen in einem Zeitraum von 7 Jahren aufzubringen, ohne dem durch direkte und indirekte Steuern jetzt schon aufs Höchste belasteten Volke wiederum neue Steuern aufzubringen. Sodann ging der Referent auf die Argumente der Flottenfreunde im Einzelnen ein, die er in überzeugender Weise widerlegte, indem er sich auf die früheren Versicherungen be- deutender Parlamentarier und vor allem auf die früheren Urtheile anerkannter Strategen und Marineautoritäten über diese Frage be- rief. So gelang es ihm spielend, die These von der Nothwendig- keit einer Flottenvergrößerung im Interesse eines wirksamen Küsten- schutzes auf ihren wahren Werth zurückzuführen. Nachdem der Redner die Möglichkeit eines schändlichen Einflusses an unserer Küste verneint, schritt derselbe dazu, auch den anderen Scheingrund der Wasserpatrioten, die Nothwendigkeit der Schiffvermehrung im Interesse des deutschen Weltverkehrs, einer eingehenden Würdigung zu unterziehen. Er wies ziffermäßig nach, daß es Deutschland im Falle eines Krieges mit einer Seemacht überhaupt nicht mög- lich sein wird, jedes einzelne seiner Handelsschiffe zu schützen, da es doch einerseits nicht jedem einzelnen einen oder gar einiger seiner Panzerkreuzer zum Schutze mitgeben kann, andererseits keine Flotte derjenigen der anderen Groß- und Seemächte, vornehmlich der Englands, niemals wird die Spitze bieten können, weil jede Flotten- vergrößerung in Deutschland auch eine solche in England, Frank- reich, Rußland u. s. w. zur unabweislichen Folge haben wird, so- daß sich die Chancen der einzelnen Staaten wesentlich immer gleich bleiben werden. Mit einem treffenden Hinweis auf Frankreich, welche, trotz seiner Eigenart als See- und Kolonialmacht es nicht hat hindern können, betreffs des Einflusses und der Bedeutung seines Handels auf dem Weltmarkte von Deutschland, das ja bisher keine See- und Kolonialmacht gewesen, überflügelt zu werden, mit diesem Hinweis und an der Hand zahlreicher Beträge zerkaute Genosse Ströbel auch den Flottenvergrößerungsvorwand, daß eine große Flotte und ein großer Kolonialbesitz Deutschland allein eine achtunggebende Stellung auf dem Weltmarkte zu sichern ver- möchte. Der Redner verwies zum Beweise, daß diese Dinge Neben- sache, und die Entwicklung unserer Produkte im Inlande die Haupt- sache sei, auf die flotten- und koloniallose Schweiz, deren Ausfuhr- werth pro Kopf der Bevölkerung größer sei, als derjenige Englands, welches doch bekanntlich die größte See- und Kolonialmacht sei. Wenn also, so führte der Referent weiter aus, unsere patriotischen Großindustriellen und sonstigen Kapita- listen dennoch eine größere Flotte wünschten, so möchten sie die- selbe höchst aus ihrer eigenen Tasche bezahlen, in welche ohnehin alljährlich ungeheure Entnahmen — aus den Arbeiterrechnen heraus- geschunden und gepreßt in Form von Dividenden und staatlichen Liebesgaben hineinfließen. Mit dem Patriotismus und der Opfer- willigkeit dieser Herren sei es aber gar lässlich und jämmerlich be- stellt, wie die unter ihnen veranstalteten freiwilligen Sammlungen zu einem Flottenvergrößerungsfonds beweisen, da sie geradezu lächerlich geringe Summen ergeben hätten. Wollte man also in jenen Kreisen selber nichts leisten, so solle man erst recht dem arbei- tenden Volke nicht zumuthen, sich für solche unsinnigen und uner- löstlichen Flottenpläne zu begeistern und die Kosten derselben zu tragen. Deshalb werde auch bei den nächsten Reichstagswahlen, welche wohl unter dem Zeichen der Flottenvorlage stehen würden, sicherlich kein ehrlich denkender Mann und vor allem kein klassenbewußter Arbeiter einem Flottenschwärmer seine Stimme geben. Nachdem der Redner sodann noch die Schuldenwirtschaft des deutschen Reiches, die dem deutschen Volke eine jährliche Zinsenlast von 1,50 Mrd. pro Kopf der Bevölkerung auferlegt, und den neuesten Geheimlaß des Grafen Posadowsky scharf gegeißelt, schloß derselbe mit der Auf- forderung, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisiren und mit voller Kraft und Begeisterung in den Wahlkampf einzutreten, seinen mit Spannung und Interesse aufgenommenen Vortrag. Da eine Diskussion über denselben nicht stattfand, so schritt die Versamm- lung zur Wahl eines Reichstagswahl-Komitees. In dasselbe wur- den die Genossen Wölter, Zigelsti und Dittmann ge- wählt. Sodann wurde noch die Wahl eines Vertrauensmannes vorgenommen und als solcher Genosse Hüttmann einstimmig gewählt. Da hiermit die Tagesordnung erledigt war, so schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Hamburg. Rettet Euch, die Preußen kommen! In einer Wählerversammlung im 18. Wahl- bezirk (St. Pauli) äußerte sich der Vorsitzende, Herr Wahlbruchsen, nach dem Bericht des „Fremdenbl.“: „So lange Hamburg besteht, habe es einen Senat resp. Rath gegeben. Wenn heute plötzlich nur Sozialdemokraten in die Bürgerschaft gewählt würden, so würde der Senat vielleicht ein „Nein“ dazu sagen und Tags darauf hätten wir 10 000 Soldaten in Hamburg.“ — Hu, hu! Das ist ja schrecklich!

Hamburg. Der Verband der Hafen- arbeiter hat in seiner im Juli 1896 stattgehabten Generalversammlung beschlossen, im Mai 1897 einen Kongreß aller Hafenarbeiter, Binnen- siffer, Flößer, Flussmaschinisten und sonstigen auf dem Wasser beschäftigten Arbeiter abzuhalten. Durch den Streik der Hafen- arbeiter und Seeleute mußten die Vorarbeiten zu diesem Kongreß unterbrochen werden. Daraufhin ist auf der Generalversammlung im Juli 1897 wiederum der Beschluß erneuert und soll dieser Kongreß in diesem Jahre und

war in der Woche stattfinden, in welcher die Generalversammlung stattfindet. Als Tagesordnung sind einstweilen folgende Punkte festgesetzt worden: Regelung der Arbeitszeit, sowie Nacht- und Sonntagsarbeit in den verschiedenen Berufen; Einführung staatlicher Hafen-Inspektoren seitens des Reiches; das Unfallversicherungsgesetz; die Gewerbe-gerichte; die Arbeitsvermittlung; Organfrage. Der Vorstand der Hafenarbeiter hat es für praktisch erachtet, daß die Kongreßdelegierten, die außerhalb des Verbandes stehen, auch die Verhandlungen der Generalversammlung mit an-nehmen können. — Derselbe Verband hat auch seine Jahresabrechnung fertiggestellt, welche eine Einnahme von 34 546,18 Mk., inkl. 5632,07 Mk. Kassenbestand, aufweist. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 29 072,56 Mk. Es verbleibt ein Kassenbestand von 5473 62 Mk. Als wichtige Ausgaben sind aufgeführt: Streifenunterstützung an die Mitglieder 12 491 80 Mk.; Drucksachen, Broschüren und Protokolle 3531,50 Mk.; zurückgezahlte Darlehen 6000 Mk.; Agitation und Generalversammlung 3928 13 Mk. Der Rest vertheilt sich auf Rechtschutz und Gerichtskosten, Beiträge an die Generalkommission, Stempel und Marken, Versicher. u. m. Im Allgemeinen hat der Verband sehr thätig gearbeitet und zählt eine Mitgliederzahl von etwa 15 000. Die Zahl der Mitgliedschaften hebt sich fortwährend und ist auf 42 angewachsen. Als der Verband im Jahre 1890 in's Leben gerufen wurde, bestand die Mitgliederzahl aus 2000 Personen bei 13 Mitgliedschaften.

Wilhelmshurg. Die Generalversammlung des Werftarbeiter-Verbandes wurde am Sonntag eröffnet. Vertreten waren 11 Orte, darunter Lübeck. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach die Lübecker sich nach dem Statut zu richten haben.

Neumünster. Lohnbewegung der Maler. Die Maler hielten bei Kellermann eine öffentliche Versammlung ab. Nachdem der Referent Golinski nach einer Schilderung der Arbeitsverhältnisse im Malergewerbe auf die Nothwendigkeit der Organisation hingewiesen, berichtete Frenz, daß die beiderseitigen Lohnkommissionen am 2. Februar zusammengetreten seien. Da aber die Meister die Forderungen nicht acceptirten, so wurden die Verhandlungen vertagt. In der Debatte hierüber sprachen sich sämtliche Redner dahin aus, an den Forderungen festzuhalten. Um aber den Meistern entgegenzukommen, wurde beschlossen, dem § 2 folgende Fassung zu geben: „Der Minimallohn beträgt 42 Pfg. pro Stunde, Jungstellen erhalten einen Minimallohn von 40 Pfg. pro Stunde. Als Jungeselle gilt derjenige, der bei seinem Meister ausgelehrt und als Gehülfe noch ein Jahr weiterarbeitet. Diese Bestimmungen werden den Unternehmern in Form einer Resolution unterbreitet. Weiter wurde beschlossen, die Nichtunionsmeister zu einer am Donnerstag, den 10. ds. Mts.,

stattfindenden Sitzung einzuladen, um mit denselben ebenfalls zu verhandeln. Zu dem am 6. März in Hamburg stattfindenden Provinzialtag wurde Golinski als Delegirter gewählt.

Schwerin. Ein alter, treuer Parteigenosse, der Zimmerer F. Werten, ist gestorben und am Sonntag unter zahlreicher Theilnahme der Arbeiterschaft zu Grabe getragen worden. W. war ein eifriges Mitglied der Organisation und belleidete öfters Vertrauensposten.

Wismar. Ein Lokalverband der Hafenarbeiter wurde hieselbst am Sonntag nach einem Referate des Genossen Evers-Kostock gegründet. Es ließen sich 30 Personen als Mitglieder aufnehmen. Hoffentlich wächst und gedeiht der neue Körper.

Střrom. Der Schutz des „nationalen Schweines“, welcher auf krautjunkerlichen Wunsch eingetreten ist, führt zu einer enormen Mehrbelastung des Landarbeiters, welcher gewohnt ist, so ein Vorstreich großzuziehen. Durch die Grenzsperr für lebendes Vieh ist der Preis der Ferkel betätigt in die Höhe gegangen, daß dieselben gegen die beiden letzten Jahre, wo sie im Durchschnitt 9 Mk. kosteten, jetzt 16—18 Mk. kosten. Und wo das Geld hernehmen? Das haben uns die Junker noch nicht klargestellt. Der Landarbeiter und kleine Mann wird's bleiben lassen müssen, sie werden immer mehr in's Hintertreffen gerathen — und werden Sozialdemokrat werden. Dabei prahlen die Waidredner der Klappenschleifer fortwährend im Lande umher, die Landarbeiter seien am Vortheil hoher Korn- und Viehpreise mitbetheiligt!

Aus Holz und Eisen.

Ein Lump schlaunster Art stand kürzlich vor der Strafkammer in Bamberg, der Kaufmann Dinkel von Ebersfeld, angeklagt der Urkundenfälschung. — Dinkel, ein Mann von mindestens 50 000—60 000 Mk. Vermögen, hat durch eine ganz sonderbare Manipulation eine Verpflichtung beseitigen wollen. Er hatte ein subhastirtes Bauernanwesen ersteigert, und zwar mit der dringlichen Last eines Wohnungsrechtes gegenüber einer Wittve. Diese hat dann gegen ihn einen Prozeß geführt, weil Dinkel seinen Verpflichtungen nicht nachkam. Während des Prozesses nun lud er die alte Frau einmal zu sich ein, gab auf ihre Bitte ihr 9 Mk., ließ zu diesen 9 Mk. v-rstohlen ein Behauptungsstück gefellen, dann die Empfängerin der 9 Mk. eine Quittung ausstellen und schließlich produzierte er eine Quittungs- und Vergleichsurkunde, inhaltlich derer die Wittve 800 Mk. empfangen habe und darob auf alle Ansprüche verzichte. Der Staatsanwalt bezeichnete die Handlung des Dinkel als himmelhochschreiendes Unrecht, das schwere Sühne verlange, und

beantragte 4 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Das Urtheil lautete auf 1 1/2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.

Briefkasten.

Gutin. Einverstanden und durchaus zufrieden Zeitung abonnieren. Wird gerechelt. Besten Gruß.
3 68 Gutin. Diese Frage legen sie am besten einem in der Landbesetzung in Erbschaftsachen bewanderten Rechtsanwalt vor. Zur Zeit herrscht auf diesem Gebiete der größte Wirrwarr, von 1900 an werden wir mit einheitlichen Bestimmungen zu rechnen haben.

Stadttheater. Morgen, Freitag, geht als erste Vorstellung im Sonder-Abonnement des Wagner-Cyclus „Lohengrin“ in Scene.

Der seltene Erfolg, den der erste jährl. Held des Hamburger Stadttheaters, Herr Carl Wagner, hier mit seiner vorzüglichsten Darstellung erzielt hat, veranlaßte die Direktion mit dem interessanten Gast wegen eines erneuten Gastspiels in Unterhandlung zu treten und hat die Direktion des Hamburger Stadttheaters Herrn Wagner in liebenswürdigster Weise nochmals beurlaubt, so daß übermorgen, Sonnabend, „König Heinrich“ mit Herrn Wagner in der Titelfolge stattfindet.

Sonntag Nachmittag 4 1/2 Uhr wird als Fremden-Vorstellung bei Opernpreisen „Die versunkene Glocke“ aufgeführt. Abends 7 1/2 Uhr: Die Erstaufführung des neuesten Lustspiels von Blumenthal und Kadelburg „Im weißen Rößel“, welches an brillanten und lustigen Einfällen, dabei doch den Lustspiel Charakter während, „Haus Hadebein“ noch übertreffen soll. Das Stück ist dekorativ völlig neu ausgestattet und von Herrn Direktor Erdmann persönlich in Scene gesetzt. Fast alle deutschen Bühnen haben das Lustspiel zur Aufführung angenommen und von sehr vielen ist es stets mit dem gleichen sensationellen stürmischen Erfolge gegeben worden.

Quittung.

Für die Familien der Verartheilten sind eingegangen:
Vom Gesangsverein „Eiche“ 5 Mk.
Weitere Gelder nimmt gerne entgegen:
Die Expedition des Volksboten,
Johannisstraße 50.

Sternschau-Mecklenk.

Hamburg, 9. Februar
Der Schweinshandel vertiefte gut.
Preisänderung: 620 und 630 Schweine, Preislandfleisch Schweine 58—59 Mk., letztere 57 58 59. Saucen 50—54 Mk. und Ferkel 57—58 Mk. pr. 100.

See-Berichte.

D. Hansa, Kap. Schmalfeldt, ist am 9. Februar von Libau auf hier abgebrannt.
D. Regier, Kap. Sjöman, ist am 9. Februar in Hangö angekommen.
D. Elbe ist am 8. Februar auf der Reise von hier nach Rotterdam Holtkenau passiert.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Gesucht ein leeres heizbares Zimmer in der unteren Fischergrube oder deren Nähe. Offerten unter H F an die Expedition d. Bl.

Gesucht zu soj. 1 unmöbl. heizb. Zimmer von 2 jungen Leuten. Offerten unter Z V an die Exped. d. Bl.

Gesucht zu Ostern 2 Lehrlinge für meine Eisgarnen-Fabrik.
J. Leverentzen, Meierstraße 30 a.

Gesucht ein Kellnerbursche
Näheres in der Expedition d. Bl.

Mehrere Stand neue Betten billig zu verkaufen
Hundestraße 8.

Rechten fertigt an
G. Koch, Friseur, Mühlenstraße 5.

Herbstfang - Flohm - Heringe
en gros — en detail
empf. Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Feinste u. hochfeinste Margarine
Pfund 50 und 60 Pfg.

Pa. weißes Schmalz Pfd. 40 Pfg.
Schöne Pflanzen Pfd. 25 u. 30 Pfg.

Bäckkäpfel Pfd. 40 Pfg.
Trockene Birnen Pfd. 25 u. 30 Pfg.

● Frisch gebrannten Caffee ●
per Pfd. 80, 100, 120, 140 u. 150 Pfg.
empfiehlt

Rud. Kracht, Nabe. Allee 40.

Auction
am Freitag den 11. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr
in der Hundestraße 41
über: Betten, Bettstellen mit Matratzen, Eschkrant, Commoden, Spiegel, ein Küchenherd, Stühle, Goldbordern und Epigen, Kleiderlampen, Tabak und Cigaretten, Rasen, Colonialwaaren und verschiedenes nicht Genannte mehr.
J. C. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator.

Otto Gennburg's Concerthalle.
Täglich: Großes Concert (Damen-Kapelle).

ELYSIUM Jeden Sonntag: Freier Eintritt
Familienfränzchen Freier Tanz.

Empfehlungs-Karten
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Allgemeiner öffentlicher Vortrag
am
Sonntag d. 19. Februar
Abends 8 1/2 Uhr
im Saal des Concordia-Gartens,
Mühlenstraße 13.
Redner: Herr Otto Wagner,
Direktor der Bilja'schen Naturheilanstalt in Dresden-Nadendorf.
Thema:
Sicht und Rheumatismus.
(mit Erklärungen an großen Abbildungen.)
Eintrittskarten zu 10 Pfg.,
welche für diesen Vortrag auch die Mitglieder des unterzeichneten Vereins zu zahlen haben, sind im Vorverkauf bis zum 19. d. Mts., Nachm. 6 Uhr, erhältlich bei den Herren **Heinr. Görtz**, Gr. Burgstraße 37, **Carl Lohmann**, Eise Hörschstr. und Obertrave, **Ernst Albrecht**, Mühlenstr. 7 a, **C. Witt-foot**, Hügelstraße 18, **H. Klempau**, Königstraße 115 und **G. Weiland**, Königstr. 72; an der Abendkasse 20 Pfg.
Der Vorstand des Vereins für Gesundheitspflege und Naturheilkunde
(arzneilose Heilweise)
in Lübeck.

Folker's Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25
empfiehlt
gut gearbeitete Möbeln, Stiege und Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

Feinste Meiereibutter Pfd. 1 Mk.
Hochfeine Margarine Pfd. 55 Pfg.
Feinstes weißes Schmalz Pfd. 40 Pfg.
Grübenchmalz Pfd. 35 Pfg.
Johs. Breede, Danforthstraße 37.

Circus Variete, Reuterkrug. Auf vielseitigen Wunsch des Publikums findet am Freitag den 11. Februar eine Wiederholung des mit großem Beifall aufgenommenen Narrenfestes statt und wird dieser interessante Carnevalspielplan gewiß wieder stark besucht werden, sobald dem Publikum, um einen guten Platz zu bekommen, ein rechtzeitiges Hinsehen zu empfehlen ist.

Circus Variété
Im Namen des Prinzen Carneval.
Auf vielseitigen Wunsch.
Freitag den 11. Februar 1898:
Zweiter gr. Narren-Abend
Prinz Carneval und Gefolge im Circus Variete. Beginn der verstärkten Narrenmuffel 7 1/2 Uhr. Aufzug des Prinzen Carneval und Gefolge 8 Uhr. Beginn der närrischen Sitzung 8 Uhr 11 Min.
11/11 Sec Alle Künstler in ihren tollsten Leistungen. Einormer Lach-Erfolg. Das verehrte Publikum wird gebeten, mit Narren-Kappen zu erscheinen, sowie Sorgen und Kummer zu Hause zu lassen und nur den Humor mitzubringen. Nur frühes Kommen sichert Platz.
Alle Billets haben Gültigkeit.
Der ganze Circus ist geöffnet.
Sonntag:
Elite-Spezialitäten-Vorstellung.

Die Schweineschlachtereie
von
W. Strohfeldt
73 Glockengießerstraße 73
empfiehlt:

Frische Flohmen, Pfd. 65 Pfg.
Carbonade . . . Pfd. 70 Pfg.
Quenfleisch . . . Pfd. 50 Pfg.
Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pfg.
Graten-Schmalz . . . Pfd. 30 Pfg.
Kopf und Bein . . . Pfd. 25 Pfg.
Gekochte Mettwurst Pfd. 60 Pfg.
Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pfg.

Stadt-Theater.

Freitag: 91. Abonnem.-Vorst. 1. Abthl. roth.
Die 90. Abonnem.-Vorst. 6. Abthl. gelb:
Montag den 14. d. Mts.
Freitag-Abonnement Nr. 15.
1. Vorstellung im Sonder-Abonnement.

LOHENGRIN
Sonntag: Außer Abonnement. Opernpreise.
In Folge des großen Erfolges erneutes Gastspiel des Herrn
Carl Wagner
vom Hamb. Stadttheater
König Heinrich

Sonntag: Nachm. 4 1/2 Uhr.
Fremden-Nachmittags-Vorstellung.
Auf vielseitiges Verlangen.
Die versunkene Glocke.

Anfang 4 1/2 Uhr. Opernpreise.
Abends 7 1/2 Uhr: Außer Abonnement
Neuheit! Zum 1. Male. Neuheit!
Mit neuer dekorativer Ausstattung.

Im weissen Rössl.
Lustspiel in 3 Akten von Blumenthal u. Kadelburg.
In Scene gesetzt von Direktor Erdmann.
Repertoirestück des Lessing-Theaters in Berlin.
Anfang 7 1/2 Uhr. Opernpreise.

Speise-HalleHansa
Mengenstraße 24.
Heute Freitag: Bohnensuppe, gebratene Leber, Kartoffeln, Sauce, Backäpfel.

Chronik auf das Jahr 1848.

11. Februar. Die Münchener Bürger hatten aus der selbstverfaßten Proclamation des Königs gesehen, daß sie nur entschlossen aufzutreten brauchten, um etwas zu erreichen. Daß Ludwig nicht der Muthigste war, wußte man ja ohnedies. Am Morgen des 11. trat die Bürgerschaft und der Senat aufs Neue zusammen und, klüher geworden, forderten sie jetzt nicht nur die sofortige Wiedereröffnung der Universität mit Ausschließung der Altkammern, sondern grausamer Weise auch die gänzliche Entfernung der schönen Volita. Angesichts der drohenden Haltung der Volksmassen fügte sich der König. Doch war es für ihn ein harter Schlag, da er mit blinder Liebe an der Spanierin hing. Die Massen drängten. Lola erhielt den Befehl, innerhalb einer Stunde München zu verlassen. Sie kam dem nach und es war auch die höchste Zeit, nur mit Mühe und durch die Geschicklichkeit ihres Kutschers entging sie den sie verfolgenden Märdern, erreichte das Thor und konnte nach Lindau entfliehen. Ihr verächtliches Haus in der Barerstraße wurde vom Volke gestürmt und theilweise demolirt. Ein großes Paket an Lola gerichteter Witzschriften, das man aufstüßerte und unter deren Urhebern sich viele bekannte Persönlichkeiten befanden, ging bald von Hand zu Hand und erregte das große Gaudium der Münchener. — Eine erregte Stimmung blieb nach alledem in Bayern zurück, bis dann die Nachrichten aus Paris noch mehr zur Stellung bestimmter Forderungen ermunterten.

Italien. Die amtliche Zeitung von Tokkau macht in einem Motuproprio die Absicht des Großherzogs bekannt, seinem Volke mit einer Verfassung diejenigen Freiheiten und Bürgschaften zu geben, „für die es vollkommen reif sei, woran schon sein Großvater gedacht und worauf er bei allen seinen Reformen gezielt habe.“

In Rom sammeln sich viele Tausende — Volk, niedere Priester, Soldaten, alles bunt durcheinander — auf der Piazza del popolo und ziehen vor den Palast des Papstes. Man hört Rufe auf die Unabhängigkeit Italiens. Der Papst ermahnt das Volk vom Balkon aus zur Ruhe und segnet es.

Der Bolo-Prozess.

Paris, 7. Februar.

Der Andrang zum Schwurgerichtssaal ist ungeheuer. Im Gerichtspalast und auf der Straße sind umfassende Polizeimaßregeln getroffen, um Ruhestörungen zu verhindern. Bolo wies gestern alle Ausfrager, die scharenweise auf ihn einbrangen, zurück, nur dem Rappel-Mitarbeiter sagte er kurz: „Die Wahrheit ist jetzt auf dem Wege, nichts kann mehr ihren Gang aufhalten.“

Einige Hochrufe, die bei der Ankunft Bolas ausgebracht wurden, wurden sofort durch energisches Bischen unterdrückt. Bolo sieht sehr bleich aus. Die Verhandlung beginnt um 12 Uhr 50 Minuten. Präsident de Legorgue giebt bekannt, er werde den Saal räumen lassen, sobald irgendwelche Rundgebung stattfinden würde. Der Gerichtsschreiber verliest den Vorladungsbeefehl.

Nach der Verlesung der Vorladung erklärt der General-Staatsanwalt von Cassel, die Verhandlung würde auf die Anklage Bolas gegen das Kriegsgericht, das Major Esterhazy aburtheilte, „beschränkt“ sein; man müsse verhindern, daß die Verhandlungen abzuweifen man dürfe nicht das Spiel der Angeklagten spielen, die es auf Umwegen zu einer Revision des Prozesses Drehfuß kommen lassen wollten!

Diese schlotternde Angst des heuchlerischen Regierungsklüngels spricht ganze Bände.

Die Vorladung, sagte der öffentliche Ankläger, konnte gesetzlich nicht über die Anträge des Kriegsministers hinausgehen, und letzterer hat als Kläger natürlich das Recht, die Prozeßverhandlungen auf den Punkt zu beschränken, den er aburtheilen zu lassen für angemessen hält. Das Rechtsverfahren muß hier ebenso präzise sein, wie der Angriff gewesen ist. Die Bestimmungen über die Revision eines Prozesses sind gesetzlich gezogen, aber bis zur Stunde liegt ein Antrag auf Revision des Prozesses Drehfuß nicht vor. Man hat sich darauf beschränkt, den Versuch zu machen, die Verurteilung eines zweiten Offiziers für das Verbrechen des ersten herbeizuführen. Dieser Versuch ist nicht glücklich. Heute will man von einem „revolutionären Mittel“ Gebrauch machen, dem wir aber das Gesetz entgegenstellen, vor dem sich Niemand zu brühen hat.

Der Vertreter der Anklagebehörde verliest hierauf seine Schlußfolgerungen, die darauf hinausgehen, daß der Gerichtshof alles von der Verhandlung ausschließen soll, was nicht direkt den Wortlaut der Vorladung betrifft.

In seiner Erwiderung führt der Verteidiger Bolas, Advokat Labori, aus, alle in dem Briefe Bolas angeführten Thatsachen ständen in engem Zusammenhang. Es müsse Bolo gestattet sein, seine Verteidigung und seine Erklärungen auf alle diese Thatsachen anzubehnen. Labori fügt hinzu: „Wir haben Achtung vor der abgeurtheilten Sache, da aber, wo weder Gerechtigkeit noch Gerechtigkeit gewaltet hat, ist für Niemand mehr eine „abgeurtheilte“ Sache“ vorhanden. Labori bringt dann schließlich seine in diesem Sinne lautenden Schlußfolgerungen vor.

Die drei Vicidier-Schreibsachverständigen Belhomme, Barinord und Couard erklären, sie würden „civilrechtliche Ansprüche“ geltend machen.

Der Verteidiger Labori sprach gegen die Zulassung der drei Schreibsachverständigen in diesem Prozesse, da sie ihre Ansprüche gegen Bolo bereits vor dem Zuchtpolizeigerichtshof anhängig gemacht hätten.

Der Gerichtshof zog sich um 2 Uhr zur Berathung hierüber zurück.

Nach Erklärung der drei Schreibsachverständigen verlangten sie nicht als Civilpartei im Prozesse aufzutreten, sie wollten nur deshalb bei der Verhandlung gegenwärtig sein, um zu verhindern, daß vor den Geschworenen ein Prozeß verhandelt wird, den sie bei dem Zuchtpolizeigericht anhängig machen wollten.

Während der zeitweiligen Unterbrechung der Gerichtsverhandlung herrschen im Saale lebhaftere Erörterungen, ohne daß übrigens ein besonderer Zwischenfall sich ereignete.

Die Verhandlung wird um 3 Uhr wieder aufgenommen.

Der Gerichtshof giebt den Beschluß bekannt, daß dem Angeklagten nicht zu erlauben sei, alle in dem Artikel Bolas enthaltenen Thatsachen zu beweisen, Bolo dürfe lediglich zum Beweise derjenigen Thatsachen zugelassen werden, die in seiner Vorladung angezogen seien. Der Gerichtshof lehnt ferner die Intervention der drei Schreibsachverständigen ab.

Das heißt: Bolo soll in seiner Verteidigung schamlos beschränkt werden, weil seine Verteidigung die fürchtbarste Anklage gegen das Militär- und Regierungs-Panama ist. Welch eine Justizposse!

Im weiteren Verlaufe der Nachmittags-Sitzung wird mit dem Aufruf der Zeugen begonnen. Hierauf verliest der Präsident „Entschuldigungsschreiben“, die von den Zeugen General de Luzer, Oberst Namel, de Bressens, Bassy, Miceant und Dr. Gibert eingegangen sind. Ferner verliest der Präsident eine Zuschrift des Justizministers, worin ihm dieser bekannt giebt, daß der Kriegsminister, Herr Villot, von Ministerrathe nicht ermächtigt worden sei, vor dem Schwurgerichte zu erscheinen, um Aussagen zu machen!! Der Verteidiger Bolas erklärt hierauf, er lege hiergegen alle Verwahrung ein.

Weiter wird ein Schreiben von Casimir Perier, dem Ex-Präsidenten der Republik, verlesen, worin selbiger erklärt, er könne nur über Thatsachen, welche in die Zeit nach seiner Präsidentschaft fallen, Aussagen machen. Auch hiergegen legt die Verteidigung Verwahrung ein.

Oberst du Paty de Clam, der Held und Zuhälter der verschleierten „Dame“, verweigert die Aussagen; darauf erklärt der Verteidiger Labori, er werde sofort seine Anträge stellen.

Er erörtert alsdann die Wichtigkeit der Vernehmung dieses Zeugen und weist insbesondere darauf hin, daß der Oberst du Paty de Clam mit den den Oberst Picquart betreffenden Thatsachen im Zusammenhang stehe, wie auch mit den Dingen, wegen deren der Untersuchungsrichter Bertulus gegenwärtig eine Untersuchung betreibt. Er beantragt daher, daß du Paty de Clam zur Zeugnisausgabe zu erscheinen habe, unter der Androhung, daß sonst die ganze Angelegenheit auf eine folgende Session des Schwurgerichts vertagt werden müsse.

Der Generalanwalt erklärt, die Entscheidung hierüber dem Gerichtshofe zu überlassen. Labori legt darauf den ganzen Sachverhalt kurz dar. Er erklärt, daß er sich dem Ausschluß der Öffentlichkeit nicht widersehe; daß bei der Angelegenheit wieder Staatsgeheimnisse, noch die Landesverteidigung berührt würden; eine solche Behauptung sei ein schlechter Scherz.

Der Generalanwalt bricht hier in den komödiantenhaften Ruf aus: „Die nationale Verteidigung sei ein Scherz!“ worauf Labori heftig erwidert, er erlaube Niemandem, auch dem Generalanwalt nicht, seinen Patriotismus zu verdächtigen. (Beifall.)

Hierauf fährt Labori zu den Geschworenen gewandt, fort: „Der Beweis, den wir vor Ihnen, meine Herren, führen wollen, ist so schlagend, daß man ihn nicht zu Tage kommen lassen will, aber ich werde, wenn es sein muß, diesen Beweis allein führen, ohne Zeugen. Wenn ich keinen Erfolg habe, dann wird der Mann, der im

Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.

Frei nach dem Amerikanischen.

Von Erich Friesen.

(35. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Sie ist ein Engel,“ fährt Frau March lebhaft fort; „aber ich wünschte manchmal, sie möchte sich auch mal ein Vergnügen machen, ein bißchen mehr an sich denken, als an Andere. Hat sie Ihnen schon etwas von ihrem neuen Plan mitgetheilt?“

„Nein.“

„Ja, ja, sie will nicht gelobt sein, das brave Herzchen! Ich glaube, sie hat die Absicht, ein Krankenhaus einzurichten für heimathlose Frauen oder so etwas. Sie könnte freilich ihr Geld nicht besser anwenden; aber was wird dann aus ihrem Mann, ihren Kindern, ihrem Hausstand!“

Trene schweigt nachdenklich, während die alte Dame krampfhaft weiter strickt, augenscheinlich in ihrem Kopf den soeben geäußerten Gedanken fortspinnend.

„Fraulein Lincoln ist mit Dr. Donald verlobt, nicht wahr?“ fragt Trene ganz unvermittelt.

„Um, ja — eigentlich sind sie schon verlobt, seit sie in kurzen Kleidern herumliefen. Sie sollen sich heirathen, und 's wird bald Zeit; denn mein Junge — ich nenne Ralph nämlich meinen Jungen, weil ich seine Wonne war, ebenso wie von Fräulein Ruth; beide Familien waren miteinander verwandt, Sie verstehen schon! — also mein Junge ist schon zweiunddreißig und Ruth wird im künftigen Mai siebenundzwanzig. Und deshalb, sage ich, müssen sie bald heirathen. Worauf noch warten? Aber sehen Sie, liebes Kind, sie ist sehr reich, und er

hat gar nichts; denn seine Praxis bringt ihm noch nicht viel ein. Und er ist ein solch' seltener Mensch, mein Ralph, so gut und männlich — na, Sie kennen ihn ja selbst — es würde ihm am Herzen fressen, wenn er sich von seiner Frau sollte ernähren lassen. Aber deshalb wird's doch bald Zeit. Und gut wär's auch für mein Herzblättchen Ruth. Denn, sehen Sie, so wie ich meinen Jungen kenne, wird er nicht erlauben, daß sie die Nächte hindurch aufbleibt und Kranke pflegt und ihre eigenen süßen Würmchen Fremden überläßt. Und — darauf können Sie sich verlassen, mein Kind — wenn er es nicht will, dann thut sie es nicht. Denn, sehen Sie, wenn der Mann energisch und männlich ist, so wie er sein soll, und die Frau klug und weiblich, wie sie sein soll — dann macht die Frau nur das, was der Mann will. . . . Mein Himmel, wie ich mich verplappert habe!“

Kleine Pause.

„Ich fürchte, Fräulein Lincoln hat sich für mich aufgeopfert,“ sagt Trene nach einer Weile ernst.

„Das hat sie, das hat sie!“ nickt die alte Dame. „Sie ist nicht von Ihrem Bett gewichen. Haben Sie jemals diesen Stuhl hier leer gesehen, so lange Sie krank waren? . . . Nein? Natürlich nicht! Ich kenne doch meinen Augapfel. Auch heute saß' sie hier, wenn ich nicht gekommen wäre!“

Ein nachdenklicher Ausdruck breitet sich auf Trene's bleiche Blüge.

„Warum ist sie so gut zu mir?“ fragt sie leise. „Sie kannte mich nicht; sie kennt mich jetzt noch kaum. Ich könnte das schlechteste Geschöpf der Welt sein!“

„Dann würde sie sich noch zärtlicher um Sie bemühen, wenn die ganze Welt Sie verachtete — der liebe Gott segne ihr gutes Herz!“ Die Stimme der alten Dame zittert vor Rührung. Hastig legt sie ihr Strick-

zeug weg, hebt die Brille in die Höhe und wischt sich ein paar Thränen aus den Augen. „Ja ja, sie ist ein ganzes Frauenzimmer, nichts Halbes an ihr — keine Eitelkeit, keine Selbstsucht und anderer Firtelanz, den die Weiber sonst so gerne haben; kein solch' erbärmliches Geschöpf, wie mein Nachbar, der um sein bißchen Möbelzeug solche Angst hat, daß er des Nachts aufsteht und wie ein Hund bellt, um Diebe abzuschrecken. Sie ist gut, weil sie nicht anders kann, ganz aus ihrem Innersten heraus. . . . Ja, sehen Sie, so ist sie!“

Und Frau March nimmt ihr Strickzeug wieder auf und beginnt eine neue Nadel, während sie vertraulich fortfährt:

„Sie ist nicht recht kräftig, sehen Sie, ich meine, körperlich. Aber ihr Geist ist so stark, daß er ihren schwachen Leib sich unterordnet. Herr Ralph sah, daß sie über Ihrer Pflege ganz krank wurde, und da schrieb er mir und sagte, ich möchte kommen. Und da bin ich nun und gehe nicht eher wieder weg, bis Sie ganz gesund sind.“

Trene ist noch bleicher geworden.

„Fräulein Lincoln ist doch nicht wirklich krank?“ fragt sie ängstlich.

„Bewahre, nur angegriffen. Selbst das will sie nicht zugeben, trotzdem der Spiegel ihr die blassen Wäddchen und die tiefen Schatten unter den lieben Augen zeigen muß. Wenn sie öfters an die Luft kommt, wird's schon wieder werden! Sie sind eben zusammen ausgefahren, meine beiden guten Kinder, und hübsch sah sie aus mit ihren leuchtenden Augen und dem zarten Roth, welches die frische Luft auf ihre Wäddchen malte! Und sehen Sie — unter uns gesagt — mal mit ihrem Herz, allerliebsten ein paar Stunden ganz allein zu sein und dabei noch in Gottes freier, schöner Natur, das wir ihr am allerbesten thun! . . . Aber ich schwäge zu viel

Wagno ist, dort, wohin man ihn gebracht hat, bleiben, insofern eines Gesetzes, das eigens für ihn gemacht ist." (Festiger Widerspruch.)

Der Gerichtshof beschloß, über die verschiedenen Anträge nach Beendigung des Zeugenauftritts Entscheidung zu treffen. Beim Aufruf der Zeugen erklärte die Vertheidigung nur bei den sieben Offizieren, die das Urtheil über den Major Esterhazy fällten, daß sie auf deren Vernehmung verzichteten, hingegen bestand Labori lebhaft auf der Vernehmung der Richter des Hauptmanns Dreyfus.

Gegen Schluß der Sitzung stellte der Vertheidiger Labori eine Reihe von Anträgen des Inhalts, daß eine Anzahl von Zeugen zum Erscheinen gezwungen werden sollten. Der Gerichtshof beschloß, die Entscheidung über die Anträge auf morgen zu vertagen.

Hierauf wurde die Verhandlung dann für heute aufgehoben.

Aus dem Abschnitte: Zeugenauftritte ist noch folgendes mitzutheilen: Beim Zeugenauftritte wird ein von Frau de Boulancy eingegangenes Schreiben mitgetheilt, in dem sie sich entschuldigt, daß sie keine Aussagen machen könne. Vertheidiger Labori beauftragt hierauf, daß die von ihr vor dem Untersuchungsrichter Merculus gemachten Bekundungen verlesen werden. Der Generalanwalt erhebt Widerspruch dagegen, daß Aussagen aus einer noch nicht beendeten Untersuchung herausgenommen werden. Labori setzt hierauf auseinander, warum er der Vernehmung dieser Zeugin Wichtigkeit beilege; Frau de Boulancy besitze außer dem Ulanen-Briefe noch weitere Briefe. Er legt dann die Verfolgungen dar, denen Frau de Boulancy von Seiten des Majors Esterhazy ausgesetzt sei; dieser habe sie mit dem Tode bedroht für den Fall, daß sie die Briefe jemand anderem als ihm aushändige; unter diesen Briefen befinden sich, sagt Labori hinzu, solche, die beleidigend für die Armee sind und die man noch nicht kennt. Albert Clémentreau unterstützt den Antrag Laboris und verlangt, daß der Gesundheitszustand der Frau de Boulancy festgestellt werde.

General Mercier, der Kriegsminister während des Dreyfus-Prozesses war, theilt mit, daß er unterlassen werde, der an ihn ergangenen Ladung zu entsprechen. Auch hiergegen erhebt Labori Einspruch, indem er die Bedeutung der Vernehmung auch dieses Zeugen betont. Der Angeklagte Zola versichert, daß General Mercier den Richtern des Kapitäns Dreyfus ohne Mitwissen des letzteren und seines Vertheidigers ein geheimes, aber des Interesses entbehrendes Schriftstück habe zukommen lassen; wenn dies nicht war sei, so möge er morgen hier erscheinen, um dies zu bekunden; wenn es wahr sei, dann habe man den General nicht weiter nötig. (Bewegung.)

Auch andere Offiziere verweigern in gleicher Weise die Aussage als Zeuge. Zola erhebt sich und sagt, er möchte wissen, ob diese Personen einem Befehl des Kriegsministers oder ihrem eigenen Antriebe folgten. Der Staatsanwalt erklärt, dies wisse er nicht. General Boisdeffre beauftragt sich bei der Verweigerung des Zeugnisses auf das Amtsgeheimniß. Da ruft Labori aus: „Man möchte wirklich meinen, daß alle diese Offiziere sich einbilden, eine Klasse für sich zu bilden, als die sie über allen Rechten stehen und in keiner Weise den Befehlen und dem der Justiz schuldigen Respekt unterworfen sind.“

Der in Bezug auf die Zeugin Blanche de Comminges gestellte Antrag lautet wie folgt: In Erwägung, daß die Aussage der Zeugin Blanche de Comminges zur Offenbarung der Wahrheit durchaus unerlässlich ist, wird beantragt, Befehl zu erlassen, daß Blanche de Comminges zum Erscheinen gezwungen werde und daß im Falle einer Krankheit nach Feststellung der Nichtigkeit die Zeugin durch eine Verhörskommission zu vernehmen sei, welcher sie auf die folgenden Fragen zu antworten

gehalten sein soll: 1. Weiß die Zeugin, daß man ihren Namen gebrauchte, um an Oberst Picquart zu schreiben? — 2. Woher weiß sie es? — 3. Würde sie nicht dem Hauptmann Ulanen den Spitznamen „Demi-dieu“ (Halbgott) beilegen? — 4. Weiß sie, ob dieses Wort nicht in einem angeblich falschen Telegramm gebraucht wurde? — 5. Hatte nicht Oberst du Paty de Clam Gründe zu einem Manöver gegen sie und ihre Familie? — 6. Hat sie nicht Kenntniß davon, daß derselbe im Jahre 1892 zu sehr ernstem Manövern, namentlich zur Verwendung anonymen Briefe, seine Zuflucht genommen hat? — 7. Wurde nicht der Polizeipräsident mit der Angelegenheit befaßt und hat nicht General D... zu interveniren gehabt? — 8. Endlich, hat nicht Oberst du Paty de Clam behauptet Rückhaltung eines Briefes eine Scene herbeigeführt, die sich am Cours-la-Reine abspielte und bei der man eine verschleierte Dame interveniren ließ?

In betref der Affaire du Paty de Clam-Mademoiselle de Comminges werden folgende Einzelheiten berichtet: Du Paty de Clam verkehrte im Jahre 1892 im Hause Comminges, und obgleich er über dreißig Jahre älter war als das fünfzehnjährige Fräulein de Comminges, entwickelte sich zwischen beiden ein intimer Briefwechsel. Als Herr de Comminges hiervon Kenntniß erhielt, forderte er den Major du Paty energisch auf, die Briefe zurück zu erstatten; er gab auch alle Briefe heraus bis auf einen, der, wie er erklärte, in den Besitz einer Dame gelangt sei, die den Brief gegen Zahlung von 500 Franken der Familie Comminges zurückgeben wollte. Sie werde nachts verschleiert am Cours-la-Reine in der Nähe des Seine-Ufers erscheinen. Dieses geheimnißvolle Rendezvous fand statt; der Bruder des Fräuleins de Comminges erhielt den Brief. Du Paty de Clam soll in der Nähe des Rendezvous-Ortes gesehen worden sein. Als kürzlich der Oberstleutnant Picquart in Tunis mit „Esperanza“ unterschriebene Droh- und Warnungs-Depeschen erhielt, erinnerte sich die mit Picquart befreundete Familie Comminges daran, daß auch der Rendezvous-Brief der verschleierten Dame mit „Esperanza“ unterzeichnet war. Picquart ist nun der Ansicht, daß du Paty die Absendung der Drohdepeschen veranlaßt hat, um Esterhazy zu retten; ebenso, wie man glaubt, daß Paty hinter der verschleierten Dame steckt, die Esterhazy ein aus dem Kriegsministerium entwendetes geheimes Dokument übermittelte.

Kapital- und Markt-Notizen.

Mittung
über bei der Generalkonmission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 1. bis 30. Januar 1897 eingegangene Quartalsbeiträge:

4. Quartal 1897 Verband der Seileute.	Mk.	22,50
4. Quartal 1897 Verband der Sattler u. Tapetirer.	„	43,—
3. und 4. Quartal 1897 Verband der Konditorei.	„	23,70
4. Quartal 1897 Verband d. Graveure u. Hefeleute.	„	24,—
4. Quartal 1897 Verband der Fassnarbeiter.	„	330,—
3. Quartal 1897 Verband der Maurer.	„	1455,—
2., 3. und 4. Quartal 1897 Deutscher Holzarbeiter-Verband.	„	2896,—
4. Quartal 1897 Verband der in Fabriken und auf Feldplätzen beschäftigten Arbeiter.	„	26,70
4. Quartal 1897 Verband der Schiffszimmerer.	„	34,78

A. Rüste,
Hamburg-Eimsbüttel, Weisenerstraße 5, Haus 1, III.

Ueber die Verbreitung der Sechsmaschine berichtet eine Berliner Lokalkorrespondenz: Die Wergenthaler Synotype-Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 1897 nicht weniger als 502 Maschinen gebaut und 1325 vermietet gegen eine Jahresmiete von 683 175 Dollars. Auch Vertbruckerien stellen bereits Linotypen auf. Die New Yorker „World“ beschäftigt schon 55 Sechsmaschinen. Die daran arbeitenden Setzer erlernen die Telegraphie, um die telegraphischen Nachrichten unmittelbar auf der Maschine ablesen zu können. Ein einziger Maschinenlehrer des in Chicago er-

scheinenden „Inter Ocean“ hat in einer Nacht 120 000 Buchstaben geliefert. Bei einer Leipziger Zeitung wird der Reichstags-Bericht telephonisch aufgenommen, stenographirt und sofort dem Setzer an der Maschine diktiert. Dadurch wird das Abschreiben gespart. Außerdem liefert der Setzer noch etwa 1000 Buchstaben in der Stunde mehr als sonst.

Aus Nah und Fern.

Das folgende Preisanschreiben finden wir in den Zeitungen:

„1000 Mark Belohnung zahle ich Demjenigen, der in den Eingeweiden oder Excrementen amerikanischer Pferde, wie sie jetzt in Deutschland importirt werden, ein gemeinschädliches Insekt oder einen tödtlich wirklichen Bazillus entdeckt, wodurch ein Verbot der Einfuhr dieser Pferde als im „nationalen Interesse“ liegend gefordert werden kann. Naturforscher, welche in der Wissenschaft der kleinsten Lebewesen zu Hause sind und schon mikroskopische Erfolge aufzuweisen haben, Aerzte, welche bakteriologische Forschungen berufsmäßig betreiben, Chemiker, die sich vor keiner Arbeit scheuen, werden auf dieses Inserat besonders aufmerksam gemacht. Die Ernennung des Entdeckers zum Ehrenmitglied des „Bundes der Nothleidenden“ ist nicht ausgeschlossen. Gefällige Meldungen werden nach dem Rittergut Agrarierfelde, Poststation Liebesgabenheim, Kreis Kriegenug, erbeten.

Botho von Nimmerstatt,
nationaler Pferdezüchter.

Winter in Aegypten. Aus Kairo wird gemeldet: Der diesjährige Winter hat uns solche Kälte gebracht, daß sich die berühmten „ältesten Leute“ nicht erinnern können, in Aegypten je ähnlich niedrige Temperatur erlebt zu haben. Im Fayum ist in diesem Jahre das unerhörte Ereigniß eines tüchtigen Schneefalles eingetreten. Im Delta hat es mehrfach Eis gegeben und in dem bekannten Kurort Heluan ist sogar eines Morgens (am 30. Dezember) eine Temperatur von — 3 Grad beobachtet worden. Diese ungewöhnliche Kälte ist natürlich nicht ohne Einfluß auf das pflanzliche Leben geblieben, so sind in Oberägypten Kartoffel- und Bananenblätter schwarz gefroren.

Tod durch Elektrizität. New York, 24. Januar. Schon wieder haben die oberirdischen elektrischen Leitungsdrähte ein Opfer gefordert. Der Deutsche Louis Diez in Brooklyn, Besitzer des dortigen Metropolitan-Parkes und Hotels, wollte gestern Nacht, nach Beendigung seines Geschäftes, sich eben zur Ruhe begeben, als er plötzlich Jemanden „Feuer“ rufen hörte. Es fand sich, daß einige Balken, an welchen die elektrische Lichtleitung angebracht war, Feuer gefangen hatten. Diez rannte mit seinem Sohne eilends die Treppe hinab und wies das Dienstmädchen an, ihm einige Eimer Wasser zu bringen, mittelst deren er das Feuer löschen wollte. Das Mädchen und der junge Mann suchten Eimer, und Herr Diez begann die Löscharbeiten. Plötzlich brach der elektrische Draht, welcher sich gerade über ihm befand, und ein Ende, das herunterfiel, traf ihn am Kopf und Nacken. Ohne einen Laut von sich zu geben, sank er todt zu Boden, gerade als das Dienstmädchen mit einem zweiten Eimer Wasser erschien. So weit sich bisher hat ermitteln lassen, ist der Draht einer elektrischen Straßenbahn mit dem Lichtdraht in Berührung gekommen, und der starke Strom des ersteren hat den letzteren zum Schmelzen und Durchreißen gebracht.

Heiteres. Boshaft. „So, das ist Deine Freundin, die Dichterin? Nun, wie viel Bände hat denn die schon verfaßt?“ — O, die dichtet unbändig!“

Gerichtspräsident: „Angeklagter, was sind Sie?“ — Angeklagter (Stroch): Nichttrauer, Herr Präsident.

Wenn das mein Junge, der Ralph, wüßte, würde er schön böse sein. Machen Sie mal wieder Ihre hübschen, braunen Guckeln zu und versuchen Sie zu schlafen! . . . So ist's recht.“

Und Irene versucht zu schlafen. Aber es will nicht gehen. Unruhig wirft sie den Kopf auf dem Kissen hin und her.

„Fehlt Ihnen etwas?“ fragt Frau March ganz besorgt.

„Nein, ich danke.“

Und leise, für die Ohren der alten Dame unhörbar, flüstert sie auf.

Sie weiß selbst nicht, was ihr fehlt. Ihr ist so eigenthümlich, so schwer um's Herz.

XXIV.

„Schlafen Sie während der Nacht gut, Fräulein Douglas?“

Besorgt fühlt Dr. Donald den Puls seiner Patientin; derselbe schlägt matt und unregelmäßig.

Seit einigen Tagen hat Irene das Bett mit dem Sopha vertauschen dürfen. Mit schnellen Schritten schien sie der Genesung zuzueilen, Woher plötzlich dieser Rückfall?

Dr. Donald zieht einen Stuhl an Irene's Sopha. Noch immer ruht ihre schmale, durchsichtige Hand in der seinen. Kopfschüttelnd blickt er in das auffallend blaße Gesichtchen mit den großen, krankhaft leuchtenden Augen.

„Schlafen Sie gut?“

„Ja. Es ist ja das Einzige, was ich thun kann.“ Ihre Stimme klingt matt.

„Armes Kind!“ denkt Dr. Donald mittheilig. „Sie ist ganz niedergedrückt. . . Kein Wunder! Wochenlang hier still liegen, ohne Abwechslung, ohne Zerstreuung — sie, die an das heitere, aufregende Circusleben gewohnt ist —“

„Nicht verzagen, mein Kind!“ versucht er zu trösten, indem er ihre schlanken Finger fester mit den seinen umschließt. „Das Glück ist Ihnen ja schon oft hold gewesen.“

Schweigend senkt sie den Kopf.

„Fehlt Ihnen denn etwas? Haben Sie irgendwo Schmerzen?“

„Nein. Ich bin nur niedergeschlagen, weil ich mich schwach fühle.“

„Und Sie rüchten, nicht mehr in den Circus zurückkehren zu können?“

„Nein. Zuerst glaubte ich nicht leben zu können ohne meine „Esperance“, ohne den Jubel der Menge. Jetzt —“

„Nun?“

„Jetzt ist es mir gleichgültig.“

Abermals schüttelt der Arzt den Kopf. Er versteht diesen Umschwung nicht.

Beide schweigen. . . .

„Sie sehen, ich bin schwach und muthlos, ein ganz erbärmliches Geschöpf,“ murmelt Irene nach einer Weile mit wehmüthigem Lächeln. „Das kommt daher, weil ich niemals für Andere gelebt und immer nach meinem eigenen Kopf gehandelt habe. . . . Wäre ich wie Fräulein Lincoln —“

Dr. Donald rückt seinen Stuhl noch etwas näher

an das Sopha. Forschend ruht sein Blick auf ihren Zügen.

„Seit wann halten Sie sich für ein erbärmliches Geschöpf, Fräulein?“

„Seit lange.“

„Noch nicht gar lange!“

„Ich weiß nicht.“

„Aber ich. Diese Hirngespinnste haben sich vor ungefähr vierzehn Tagen in Ihr Köpfchen eingeschlichen. Der Tag steht genau in meinem Notizbuch verzeichnet, an welchem ich allerhand Symptome bei Ihnen wahrnahm, die früher nicht da waren. Ich werde Frau March dafür verantwortlich machen.“

Fastig zieht Irene ihre Hand aus der seinen.

„O nein, Sie sind im Irrthum. Frau March ist eine brave Seele —“

„Genüß. Aber ihre Zunge ist ein wenig locker. Wie vielen Menschen, fehlt auch ihr gerade die Eigenschaft, deren sie sich am meisten rühmt. In diesem Falle heißt sie: klares Urtheil. Frau March besitzt eine blinde Liebe und Bewunderung für die Kinder, die sie großgezogen hat — noch blinder, als manche Mutter für ihr eigen Fleisch und Blut. In ihren Augen ist Niemand auf der großen, weiten Welt so gut, so edel, so bewunderungswürdig, wie ihre Pflegslinge. Hat sie Ihnen das gesagt?“

Sie hat mir nur die Wahrheit gesagt. . . Und was bin ich? Nichts.“

Fast stehend blicken ihre großen Augen ihn an.

(Fortsetzung folgt.)